

in
irten
eten

des Prälaten
außerordent-
liche und be-
inner's Malz-
Weltkrieg hat,
auf!

der eröffnet, empfunden
zu haben bei Betr
und deren Holzge-
richt, Holzholz, Holz
gr., bzw. Gläsern und
und im Orientum um
0.12 bezahlbar.

Kalender.
November 1901.
7 Uhr 21 Min.
4 Uhr 7 Min.
0 Uhr — Min.
3 Uhr 28 Min.

s-Anstalt

Naunhof
Dresden.

enfleisch
Nebel.

ge.

Sid. 6 Pfg.
9 u. 10 Pfg.
egers Nachf.
gewölbe.

ch Mose,
geb. nur 3 Marz.
mann, Dresden,
erstraße 35.

!!
nen Gesicht, rosig
familiärer Haut
Weiß dies erzeugt:
nich-Seife
ebeul-Dresden.
à St. 50 pf. sc
Haberkorn.

lberg mit

n d“

g.)
ittige und
jederzeit

ten.

Naunhofer Nachrichten.

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Erdmannshain, Eicha, Fuchshain, Großsteinberg, Klinga, Köhra, Kleinsteinberg, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei in's Haus durch Ausländer
M. 1.20 vierteljährlich.
Frei in's Haus durch die Post
M. 1.30 vierteljährlich.

Mit zwei Beiblättern:
Illustriertes Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Zeigt alle 14 Tage.



Verlag und Druck:
Günz & Gule, Naunhof.
Redaktion:
Robert Günz, Naunhof.

Aufkündigungen:
Für Inseraten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pfg. die viergespartene Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluss der Anzeigenannahme: Vormittag 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 138.

Sonntag, den 17. November 1901.

12. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nach § 3 der Revidierten Statuten der Sparkasse zu Naunhof vom 24. Mai 1901 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der bisherige Kassenexpedient

Herr Friedrich Paul Müller aus Greisenhain
heute als Assistent der Sparkasse und als Hülfsexpedient bei der Stadtverwaltung in Pflicht genommen worden ist.

Naunhof, am 15. November 1901.

Der Stadtgemeinderat.
Jgel. Bürgermeister.

Die Gründungsfeier des Landtages

erfolgte nachdem für die Mitglieder beider Ständekammern in der evangelischen Hofkirche zu Dresden ein öffentlicher Gottesdienst stattgefunden hatte, welchem auch sämliche Staatsminister beiwohnten. Im Vestibül des Schlosses erwies eine Ehrenkompanie den ankommenden Herren militärische Ehrenbezeugungen. Gegen 1 Uhr wurden die Herren, soweit sie nicht zur Cortège gehörten, nach dem Thronsaal geleitet und dort plaziert und zwar nahm das diplomatische Corps mit den fremden Herren neben dem Thron Aufstellung; vor dem Throne rechts standen das Präsidium und die Mitglieder der ersten Kammer; hinter ihnen gewahrte man die Herren der dritten, vierten und fünften Klasse der Hofrangordnung, sowie eine Anzahl ehemaliger Herren.

Zur festgelegten Stunde des Beginns der Feier blieben das Trompeterkorps des Garde-reiterregiments und die Hoftrumpeter einen festlichen Marsch, unter besten Klängen der König den Saal betrat. In der, durch das Ceremoniell streng vorgeschriebenen üblichen Reihenfolge bewegten sich in diesem Zuge die königlichen Prinzen, die Hofwürdenträger und das Gefolge. Als der König den Saal betrat, brachte der Präsident der ersten Stände-kammer Wirkl. Geh. Rat Dr. Graf von Römerich auf Lissa ein dreimaliges, begeistert aufgenommenes Hoch auf den Monarchen aus. Der König blieb, umgeben von seinem großen Dienste, zunächst vor dem Thronstuhl stehen; das Gefolge grupperte sich um ihn. Durch Verneigen entbot nach brendem Gruppierung der König den Er schienenen seinen Gruß, bedeckte das Haupt und ließ sich auf dem Throne nieder. Dann las der Prinz Georg im Auftrage des Königs, welcher sich durch Erfüllung eines starken Bronchialkatarrh zugezogen hatte, die Thronrede vor, welche ihm von dem Vorsitzenden des Gesamt-ministeriums Staatsminister v. Meisch überreicht und hierauf an den Staatsminister v. Meisch zurückgegeben wurde. Weiter erfolgte die Vorlesung der übersichtlichen Mitteilungen zur Eröffnung des 29. ordentlichen Landtags, in welchen ein Bild der Entschließungen und Maßnahmen der Staatsregierung auf die ständischen Anträge des 28. Landtages enthalten war.

Aus der Thronrede
welche noch formeller Einleitung erfolgte, entnehmen wir einige wichtige Abhandlungen:

"Meine Herren Stände!"

"Ihr Zusammentritt fällt in eine Zeit, in welcher die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volkswirtschaft nicht eine so günstige Gestaltung aufweisen, wie in früheren Perioden. Im Bereiche der Industrie und des Handels läuft sich die bisher in erfreulicher Weise zu beobachten gewesene Stetigkeit des Wachstums vermissen. Gleichermaßen steht die Landwirtschaft nach wie vor unter einem schweren Druck und vollzieht sich auf diesem Hauptproduktionse-

biete des wirtschaftlichen Lebens ein empfindlicher Rückgang. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat allerdings die Fortdauer des Friedens noch Außen zur Voraussetzung, in dieser Richtung sind aber glücklicherweise seinerzeit Anlässe zu Befürchtung gegeben. Zur Befriedigung gereicht es mir, daß das reine Staatsvermögen auch in der zuletzt abgeschlossenen Finanzperiode wiederum einen ansehnlichen Zuwachs und damit die wohlgeordnete Finanzlage des Landes eine weitere Kräftigung erfahren hat. Der Erhaltung eines guten Standes unserer Landesfinanzen wird Meine Regierung fortgesetzt ihre Fürsorge widmen. Dabei bietet allerdings die Lage des Staates leider nicht das erfreuliche Bild früherer Perioden. Die Eisenbahnen, welche einen wesentlichen Faktor der Staatsentnahmen bilden, leiden noturgemäß unter der Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, und ihre Erträge sind daher viel geringer, als früher. Eine vermehrte Belastung der Staatsentnahmen kann im Wesentlichen nur durch stärkere Anspruchnahme der Sicherheit des Landes herbeigeführt werden. Hierzu stehen die zwei Wege, entweder der dauernden Erhebung allgemeiner Zuschläge zur Einkommensteuer oder einer organischen Neuordnung des Systems der direkten Steuern zur Verstärkung. Wenn indessen Zuschläge zur Einkommensteuer im Lande begreiflicherweise unbeliebt sind, so liegt es mir sehr am Herzen, daß auf dem Landtage, zu welchem Sie jetzt berufen sind, im Einvernehmen mit Meiner Regierung eine Einigung darüber zustande kommt, auf welchem der bezeichneten Wege die Beschaffung der erforderlichen Mittel zur geordneten Fortentwicklung unseres Staatswesens künftig erfolgen soll. Meine Beamten leiden fortgesetzt unter der empfindlichen Verkürzung der Lebenshaltung die seit der letzten Regelung der Besoldungen vom Jahre 1892 innerhalb des ganzen Staatsgebietes, namentlich in den höheren Orten, stark geprägt haben. Insbesondere die Dienstreise haben vielfach eine solche Höhe erreicht, daß die Beamten mit den ihnen gewährten Bezügen den Aufwand für die Verstärkung einer angemessenen Wohnung nur mit Mühe zu decken vermögen. Es wird Ihnen daher trotz der Ungunst der finanziellen Verhältnisse die Vorlage, die Gewährung von Wohnungs-geldzuschüssen betreffend, die bereits während der letzten Tagung Gegenstand Ihrer Beratungen gewesen ist, anderweitig zugehen. So mögen Sie denn, Meine Herren Stände, Ihr Werk unter Gottes gnädigem Beistande beginnen und zum Wohle des Landes vollenden!

Die englischen Barbaren in Südasia.

Von einer Seite, die aus den zuverlässigen transvaalischen Quellen zu schöpfen

in der Lage war, wird geschrieben:

Die Presse Englands hofft, daß die Buren demnächst um Frieden bitten werden, weil nachgerade ganz England mit Ausnahme der wenigen Verbretter um Joe Chamberlain den Frieden voll Sehnsucht wünscht. Und das hat keine guten Gründe. Großbritannien ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit, und die vereinigten Streitkräfte von Transvaal und Orange haben im Bunde mit den Holländern vom Kap zwöltausend vortrefflich beritten, mit Waffen und Munition bestens ausgerüstete Mann andauernd im Felde, welche an hundert verschiedene Orten gleichzeitig dem Feinde Abbruch thun und infolge eines tadellos fungierenden Rundschaffer- und Meldungsdienstes innerhalb weniger Tage an beinahe allen Punkten so verstärkt werden können, daß sie, der feindlichen Ablösung an Gewandtheit, Tüchtigkeit, Mut und Glück überlegen, schon durch ihr Erscheinen eine wahre Panik hervorrufen.

Zum tödlichen Aufmarsch und in strategischen Ineinanderreihen knallt Alles seit ungefähr einem Jahre so vortrefflich, daß eine aus 5–8000 Mann bestehende Truppe heute in einer heiligen Stellung, welche unhaltbar gemacht worden ist, sich über Nacht in unzählige Abteilungen von 80–150 Mann auflost, um zehn Tage später 500 Kilometer entfernt einen anderen Feind mit erheblicher Mehrheit anzugreifen und bis zur Vernichtung zu schlagen.

So hat Louis Botha z. B. nur darum drei englische Kolonien auf sich gezogen, um eine höchst verwegene Strafe hinter "Jungen" in der Kapkolonie zu verdecken; jener Zug scherte mit viertausend Pferden und Maulzieren und nicht als zweihundert Wagen Kriegsmaterial als reiche Beute glücklich zur Stammmutter zurück, während gleichzeitig Botha in Berlin die Truppe des Obersten Benson vernichtete.

Seit Monaten verfolgen die Buren den Zweck, die einfachen Söldner und kolonialen Soldaten zu schonen, dagegen die Offiziere und Unteroffiziere wegzufliehen und gefangen zu nehmen. Das gelang z. B. bei Bethel so gründlich, daß den Engländern von drei Regimentern auch nicht ein einziger Chargierter übrig blieb; vom Sergeant aufwärts waren alle Kommandierenden tot oder schwer verwundet am Boden oder gesangen. Da Tommy Atkins, der gemeine Soldat meint, daß er nach drei Tagen wieder freigelassen und als Gefangener gut behandelt wird, so wird er seine Patronen massenhaft weg und hält im Moment der Gefahr die Hände hoch. Die Kolonialtruppen insbesondere waren derart des Krieges müde geworden und zeigten sich in solchem Maße widerständig, daß sie in aller Stille aus den Angriffslinien zurückgezogen, zum Etappendienst verwendet oder heimwärts geschickt werden mußten. Zuerst verschwanden die Kanadier, dann die Australier. Im englischen Hauptquartier wurde man über die rapid wachsende Entmilitarisation und Unzuverlässigkeit des Heeres dergestalt wütend, daß man den Born an den armen Frauen und Kindern der Buren ausließ, denen man wissenschaftlich und gesellschaftlich die dürfstigsten Nahrungsmittel entzog. So erzählte der im Haag wohlbekannte Burenbeamte Jongheer van Geen, daß unter den Augen von Althener ein aus 15 Wagen bestehender Train von Lebensmitteln, bestehend aus englischen Zwieback, kondensierter Milch, präpariertem Fleischmehl und getrockneten und geräucherten Fleisch- und Wurstwaren, verbrannt worden ist. Dieser Train sollte 600 Frauen, Mädchen und

Greise, welche 2000 Kinder unter zwölf Jahren zu versorgen hatten, mit Lebensmittel für eine Woche versorgen. In jener Woche starben darum Hunderte von Kindern und Frauen den Hungertod. Ebenso erblickt Jongheer in der Füllung der gefangenen Feldkornets und anderer Buren-führer nur die Rohe der ihrer Ohnmacht sich bewußt gewordenen englischen Generale. Präsident Paul Krüger bildete bisher mit seinem Stab von Getreuen und Ratgebern das Hindernis, welches dem Generalissimus Louis Botha trog der entsetzlichsten Kriegsführung anbefahl. Botha hat am 2. November sich von diesen Ratschlägen befreit, indem er unter Hinweis auf die von den Engländern gemordeten Kinder, Weiber und Gefangenen den Befehl gab, die gefangenen Offiziere Englands auf strengste zu bewachen und ihnen zur Abschaffung des Testaments Gelegenheit, Beamte und Zeugen zu geben. Botha hat seinen von allen Unterbefehlshabern einstimmig gebilligten Entschluß, alle in Gefangenschaft befindlichen englischen Offiziere erschießen zu lassen, den in Holland weilenden Präsidenten Krüger und Stein mitgeteilt. So oft ein Bur erschossen wird, fällt ein englischer Offizier. Das Recht der Repressalien tritt jetzt endlich mit der Lösung "Aug' um Aug' und Bahn um Bahn" in Kraft, so daß der Adel und das wohlhabende Bürgertum Albions das für seine Söhne die Offiziersversetzung zu laufen pflegte, nachgerade aus zahlreichen Testamenten mit Trauer die Erkenntnis schöpfen kann, wie thöricht es handelt, als es seine Sache den geld- und blaubelebten Händen des uralten "Armeelieferanten" Joe Chamberlain anvertraute.

Rundschau.

Berlin. Die "Deutsche Tageszeitg.", das Organ des Bundes der Landwirte, erklärt, der Zolltarifentwurf, wie er nunmehr aus dem Bundesrat hervorgegangen ist, sei für die Vertreter der Landwirtschaft unannehmbar.

Köln. Die "Köln. Btg." erfährt vom hessischen Hofe, für jedwede Vermuthung, daß eine dritte Person zur Scheidung beigezogen, liege auch nicht der entfernteste Anhalt vor. Eine solche Vermuthung sei vielmehr unbedingt ausgeschlossen. Ubrigens sei die baldige Lösung der Ehe im Interesse der Beteiligten und des Landes dringend geboten. Der Vater der Großherzogin war mit Rücksicht auf die nahe Verwandtschaft ein entschiedener Gegner des Ehebundes. Der von tiefer Neigung zu der schönen Cousine erfüllte jugendliche Großherzog wußte jedoch durch Fürsprache seiner verwandten fiktiven Frauen die Zustimmung der Eltern durchzulegen. Wegen der jetzigen unerquicklichen Verhältnisse unterblieb auch der für den September vorgesehene Besuch des Ehepaars am hessischen Hofe.

Köln. In der Besprechung der hiesigen Krise in der Zementindustrie gelangt die "Köln. Btg." zu dem Ergebnis, die Auflösung des Syndikats sei besiegt. Es besthe ein gewaltiges Mißverständnis zwischen der Erzeugungs- und Absatzgelegenheit; die Ausfuhr ginge zurück, während die Einfuhr zunähme. Die Beteiligungsfirmen der Syndikatsfabriken betragen über 11 Millionen; der Absatz im Syndikatsgebiete habe zur besten Zeit nur 5 bis 6 Millionen betragen. Viele Zementfabriken schließen mit empfindlichen Verlusten ab, andere müssen den Betrieb teilweise einstellen. Auch dürfen Kapitalherabsetzungen eintreten.

— Hamburg. Die bedeutende Bank und Exportfirma Seminario-Paris befindet sich in Zahlungsschwierigkeit. Die Firma besitzt enorme Kakaoplantagen in Ecuador. Deutschland ist beteiligt. Die Schwierigkeiten stehen im Zusammenhang mit dem Fallstrick von Rheinberg hier.

— Der deutsche Dampfer „Agnes“, von Schieds nach Königsberg bestimmt, ist in der Nordsee untergegangen. Der Kapitän und 13 Mann von der Besatzung wurden gerettet, drei Mann sind ertrunken.

— Wie aus Thüringen berichtet wird, weist die Porzellanindustrie einen so flauen Geschäftsgang auf, daß in manchen Fabriken in der Woche nur drei Tage gearbeitet wird.

— Aus Buchdruckerkreisen. Der Verband der deutschen Buchdruckerhilfen hatte am Schlusse des dritten Quartals 31.363 steuernde Mitglieder (davon über 2500 in Leipzig) und verfügte über einen Kassenbestand von 3 120 898 M. Die Gesamtneinahmen beispielsweise sich im dritten Quartal einschließlich des vorhandenen Kassenbestandes von 3 202 923 Mark auf 3 697 234 Mark und die Gesamtausgaben, darunter 384 427 Mark für Unterstüttungen u. s. w., auf 576 336 Mark.

— Angesichts der großen Arbeitslosigkeit regt die „Hilf. Blg.“ den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung von neuem an.

— Nähtere Mitteilungen über die deutsche Auswanderung im Oktober liegen jetzt vor und bestätigen die Erwartung, daß die Zahl der deutschen Auswanderer nach langem Sinken jetzt wieder steigen werde. Es sind im Oktober d. J. 2639 Deutsche ausgewandert, über 223 mehr als im Vorjahr, und in den ersten zehn Monaten zusammen 19 659, was eine Zunahme um 1226 Personen bedeutet.

— Ratiobor, 15. November. Gegen den wegen Sittlichkeitsvergehen an Kindern zu zwei Jahren Bußhaus verurteilten fürstbischöflichen Konsistorialrat Bitte wird wahrscheinlich in einem weiteren Falle noch eine neue Anklage erhoben.

— Aachen. Die Tuchfabrik Straeter & Co. hier, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

— Zum Rücktritt des Grafen Haysfeld vom Londoner Botschafterposten bemerkte der „Bor.“: Für die Sozialdemokratie ist der Name dieses Grafen von erinnerungsvoller Beziehung er ist der Sohn der Gräfin Haysfeld, der Freundin Bassoles, mit dem auch der jetzt pensionierte Botschafter in seinen jüngeren Jahren Beziehungen gehabt hat. Graf Haysfeld ist der Erbe und Besitzer des unschätzbaren Nachlasses unseres großen Vorfäters; auf ihm ruht die schwere Verantwortung, daß uns und der gesamten Öffentlichkeit eine der wertvollsten Geschichtsquellen — darunter Briefe von Karl Marx — vorenthalten wird.

— Paris. Der Lufschiffer Santos Dumont hat sich in Paris nicht nur den sogenannten Deutsch-Preis in Höhe von 100 000 Fr. geholt, sondern jetzt hat ihm auch der brasilianische Kongreß ein Geschenk von 125 000 Fr. überwiesen als Anerkennung für die der Wissenschaft geleisteten Dienste. Dumont ist ein geborener Brasilianer.

Aus Stadt und Land.

Raunhof, 16. November
Raunhof. Wie aus der gestrigen Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, findet nächsten Montag-Nachmittag für die Gewerkschäftrinnen in Dresden die Wahl eines Handwerker- und eines Reichshandwerker-Wahlmannes statt und zwar zum ersten Male nach dem sächsischen Gesetz vom 4. August 1900, die Handels- und Gewerkschäftrinnen betreut. Durch die Teilnahme an dieser Wahl wird jedem selbstständigen Gewerbetreibenden von Raunhof die Gelegenheit geboten, durch die Wahl eines Vertragsgenossen in die Gewerkschäftrinnen seine Interessen vertreten zu sehen. Wir verfehlten nicht, alle Interessenten auf die Wichtigkeit dieser Wahl hinzuweisen und bemerkten, daß am Sonnabend Abend, also heute Abend plötzlich 8 Uhr im Ratskeller eine Versprechungsstätte findet, in welcher Herr Bürgermeister Jägel über die eingeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen einige Ausführungen zu geben gejagt hat.

Raunhof. Der soeben erschienenen ersten Landtagsausgabe der Leipziger Zeitung entnehmen wir mit Freude die Nachricht, daß im Staatshaushalt-Etat für die Finanzperiode 1902/1903 als 3. Rate für die Herstellung des Gleises der Eisenbahmlinie Pörsdorf—Coswig der Betrag von 1 500 000 M. eingelegt worden ist. — Ebenso findet sich die Mitteilung, daß Raunhof, hinsichtlich der Wohnungsgeldzuschüsse für die sächsischen Staatsbeamten der Ortsklasse 5, der niedrigsten Mietstufe zugestellt ist, daß also die Beamten der 1., 2., 3., 4., 5., und 6. Klasse einen Zuschuß von 420 M., 360 M., 280 M., 150 M., 90 M., und 60 M. erhalten würden, wenn, woran nicht zu zweifeln, dieses Gesetz die ständische Genehmigung findet.

Raunhof. Jeden Tag rüden wir dem Termine näher, an welchem die Stadtgemeinderatswahlen stattfinden, und mit diesem auch das parlamentarische Interesse unserer Stadt. Während der Bürgerverein für Montag Abend eine Versammlung anberaumt, findet eine solche des Gewerbevereins kommenden Dienstag statt, um die nötigen Dispositionen zu treffen. Wir weisen ganz besonders auf diese wichtigen Versammlungen hin, gilt es doch dem Wohl und Wehe unserer Stadt selbst.

Raunhof. „Ein Bure“, Herr E. Waldemar Wagner aus Leipziger, welcher Mittäpfer der Buren in Südafrika war, wird Donnerstag, den 21. November im Gasthof zum goldenen Stern in Raunhof einen Vortrag halten über seine Erlebnisse vor und während des Krieges, während seiner Gefangenschaft, über die Verwüstung des Landes und über die Behandlung der Frauen und Kinder, wo er in vielen Fällen Augenzeuge davon war. Seine Gattin, eine Transvaal-Burin, griff gleichfalls zur Waffe und focht in Natal. Als Gefangene wurde er von Johannesburg aus, mit verschiedenen anderen Europäern nach Europa transportiert, während er seine Frau in bekränzten Verhältnissen in Johannesburg zurücklassen mußte. Ein Interesse und Sympathie für die Burenache hat, sollte nicht versäumen, diesen in-

teressanten Vortrag beizuwohnen. (Siehe die Beitschr. „Die Woche“ Nr. 10, das Burenhepar.)

† Auf den sächsischen Staatsbahnen sollen demnächst Fahrkarten nach neuem Muster zur Einführung gebracht werden. Sie werden den Aufdruck ausschließlich in lateinischen Buchstaben erhalten. Die auch für Schnellzüge gültigen Fahrkarten werden durch senkrechte rote Linien von den nur für Personenzüge gültigen Karten unterscheiden. Neuherre Form, Farbe und Größe bleiben unverändert.

† Der Andrang zu den Lehrerseminaren für nächste Ostern scheint ein starker zu sein. Beim Seminar in Pirna sind nach dem „P. Anz.“ schon 70 Anmeldungen ergangen. Es können aber höchstens 30 Knaben Aufnahmen finden.

† Vom 25. November d. J. an werden in Bautzen bei Brandis Arbeiterwochenkarten nach Leipzig, gültig zur einmaligen Hin- und Rückfahrt an 6 hintereinander folgenden Werktagen, zum Preise von 1.50 M. ausgegeben.

Leipzig. In dem Staatshaushalt-Etat sind für Umbau der Leipziger Bahnhöfe (erste Rate) 14 800 000 M. eingeplant.

Leipzig. In der zu Leipzig abgehaltenen Versammlung der Gläubiger der Leipziger Bank erklärte der Konkursverwalter, die erste Dividende für die Gläubiger in Höhe von 30 Prozent werde im Januar 1902 voraussichtlich ausgezahlt werden.

Leipzig. Zu Beginn der Gläubiger-

Versammlung am Donnerstag morgens

Oberamtsrichter Müller die Mitteilung, es

sei wahrscheinlich, daß der verschwundene Konkursverwalter Justizrat Dr. Barth infolge von nervöser Überreizung sich das Leben genommen habe. In der Versammlung waren etwa 14 bis 15 Millionen Mark Kapital vertreten.

Leipzig. Der Meldung, daß in Sachen der Wollkammer vom 9. bis 11. Dezember Termin vor dem hiesigen Landgericht ansteht, ist noch hinzuzufügen, daß die Anklage auf Grund von § 240 des Handelsgesetzbuches erhoben worden ist. Angeklagt sind: der Kaufmann Moritz Albrecht, Corisco, der Kommerzient Leopold Offermann, Direktor der Leipziger Wollkammer und argentinischer Konsul, der Geh. Kommerzienrat und bayrischer Konsul Conrad Alfred Thieme, sämtlich aus Leipzig, der Kaufmann Johann Daniel Fuhrmann aus Antwerpen und der Kaufmann Philipp August Hegerberg aus Berlin.

Tauza. Wie das dortige Amtsblatt mitteilt, hat das dortige Lehrerkollegium einstimmig beschlossen, am 14. Dezember abends im Saale des Schützenhauses ein Kinderkonzert abzuhalten. Der Ertrag soll dazu dienen, manchem armen Kind eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

Durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Leht ist das Mandat für den Wahlkreis Döbeln frei geworden. Dort erzielten die Sozialdemokraten im Jahre 1898 im ersten Wahlgange 9759 Stimmen, während für die Nationalliberalen nur 5938, für die Konservativen 5506 Wahlzettel abgegeben wurden. In der Stichwahl siegte der Dr. Leht mit 11 925 Stimmen; der Sozialdemokrat brachte es auf 10 681 Stimmen.

Bei der bevorstehenden Erfahrung hofft die äußerste Linke, gleich im ersten Ansturm den Wahlkreis zu erobern. Sie gedenkt, die Wahlrechtsverkürzung der sächsischen Arbeiter und die geplante Erhöhung der Lebensmittelzölle als Hauptwaffen im Wahlkampfe zu benutzen.

Vor 14 Tagen hatte sich der Maurer Müller in Görlitz eine ganz geringe Verletzung an der Hand zugezogen, als ihm bei einer Deckenarbeit einige farbige Putzstücke auf die unbedeutende Wunde fielen. Bald darauf stellten sich jedoch furchtbare Schmerzen ein, und der Bedauernswerte ist jetzt an Blutvergiftung unter entsetzlichen Qualen verstorben.

Oschatz. Sicherem Vernehmen des „Gemeinnützigen“ nach beabsichtigt das königl. Kriegsministerium nicht, in der nächsten Zeit auf eine Assoziation der noch dem 1. April 1902 noch in Bürgerquartieren verbleibenden Eskadrons des Ulanenregiments Nr. 17 zurückzukommen.

Zwickau. Wegen Entlassung einiger Arbeiter ist die ganze Belegschaft von 600 Arbeitern des Unionsschmiedes „Wintersgrün“ in den Streik eingetreten.

In Zwickau führte am Dienstag Abend der Ritterguts- und Fabrikbesitzer Alfred Daubenhagen bei einer Reitübung in der Reitbahn, als er eine Hürde nahm, so unglücklich, daß er sofort keinen Geist aufgab.

Grimmaischau. Am Donnerstag fand man den Leichnam des Baummeisters Schwalbe im Teiche des Sahnorts. Schwalbe, der hier in der Lange Straße ein Baugeschäft inne hatte, ein strebsamer Mann war und sich der größten Achtung erfreute, dachte den bedauernswerten Schritt infolge einer Krise im Geschäftsbetrieb gethan haben.

Großröhrsdorf. Ein entsetzlicher, tiefbetrübender Unfall, der den Tod zweier Menschen, des Betriebsleiters Mausch und des Feuermanns Philipp zur Folge hatte, ereignete sich am Dienstag Abend im hiesigen Elektrizitätswerke. Um 11 Uhr, nach Schluß des Betriebes, ließen die Benannten aus irgend einer Ursache, deren Grund der für ewig geschlossene Mund der Verunglückten nun nicht mehr zu funden vermag, unvorsichtigerweise direkten Dampf vom Kessel in einen Behälter, der zu alleiniger Aufnahme des Kondenswassers der Maschine bestimmt war. Raum war der direkte Dampf einige Minuten in das Behälter gestromt, als das Gefäß mit donnerartigen Knall explodierte. Durch die kolossale Gewalt der Explosion war der stummel umfangreiche Deckel des Behälters losgerissen und fortgeschleudert worden, hatte den Feuermann Philipp getroffen und ihn getötet, während der Betriebsleiter Mausch von dem austrommenden siebend heißen Dampf am ganzen Körper verbrüht wurde. Er war noch lebend, aber in hoffnungslosem Zustand, wurde er in seine Wohnung gebracht, wo er, trotz ärztlicher Hilfe, einige Stunden später gleichfalls gestorben ist.

Großenhain. Ein als Original befaulter Droschneider verkaufte gestern in rosigster Laune seinen schönen Spitzbart für 60 Pf. und ein Glas Bier an einen Großenhainer.

Gewonnen und verloren.

Roman von Fedor Dostoevski.

84

Wort für Wort erinnerte sie sich allmählich an das, was er ihr beim Abschied gesagt hatte, und damit trat vor sie hin der düstere Anblick, den ihr die absterbende Natur gestern noch gewährte.

Sie verließ sich so in ihre Träumereien, daß sie nicht merkte, wie die Beiger der auf dem Kamin stehenden, kleinen Stuhlrühr um vollauf zwei Stunden weitertrückten, und erschrocken aufsprang, als Elisabeth das Zimmer betrat.

„Ihr seid schon zurück?“

„Wie Du fragst, Kleine,“ scherzte Elisabeth, „bei diesen ewigen Übersetzen kann man doch nicht länger aushalten, als zwei Stunden.“

Der Papa lädt Dich grüßen, er hat noch zu Ihnen. Komm’ Dich zu mir und los und plaudern, ich habe noch ein Weihnachtsgeschenk.“ Erzählte mir ein wenig von Bildbau und der Tante. Ist Dir der Abschied recht schwer geworden?“

„Ja, Mama, gewiß, ich bin bei der Tante sehr gern gewesen und habe mich nur schwer von ihr trennen lassen; wenn ich nicht die Aussicht gehabt hätte, nach Hause zu kommen, würde mir die Trennung wohl noch schwerer geworden sein.“

„Du liebst, kleine Mama! Hast Du vor Deiner bitterbösen Stiefschwester doch keine Furcht gehabt?“ In Elisabeths Ton lag eine bewegende Herzlichkeit.

„Nein, Mama, ganz gewiß nicht,“ beteuerte Eva.

„Du freust Dich also, daß Du nach Hause gekommen bist, mein Liebling? Was haben denn aber Deine Bekannten und Freunde gesagt über diesen plötzlichen Aufbruch? Sie haben wahrscheinlich auf die böse, selbstsüchtige Stiefschwester arg gescholten. Aber die Schamlosigkeit noch meinem Herzblatt läßt mir wirklich keine Ruhe mehr.“

„Ich habe nicht einmal Abschiedsbesuch machen können, so schnell mußte ich fort, um Deine Schamlosigkeit zu befriedigen.“

„In Kapern warst Du also auch nicht mehr?“

„Nein, Mama; Vena, der ich einige Zeilen schrieb, war auf dem Bahnhof.“

„Sieh’ da, wie liebenswürdig die kleine Vena sein kann. Du magst sie gern?“

Eva nickte.

„Wir können Sie ja bald einmal einladen, damit Du Deine Erinnerungen an Bildbau und die Bekannten austischen kannst, nicht wahr? Wie geht es denn dem alten Freund von Tante Luise?“

„Er war auch auf dem Bahnhof.“

„Der auch? Deine Freunde scheint ja ordentlich feierlich gewesen zu sein, Kleine, da fehlte nur noch Herr von Krassell, um ...“

„Mama!“ unterbrach Eva fast vorwurfsvoll.

„Was denn, mein Liebling? Ist Dir die Erwähnung dieses Namens unangenehm? Man muß sich daran gewöhnen, mein Kind, auch einmal über etwas Unangenehmes zu sprechen.“

„Nein, nein, Mama, es ist mir nicht unangenehm, nur ...“

sie stockte und sah verlegen zur Seite.

„Nicht?“ fragte die junge Frau mit eigentümlicher Betonung, „aber ich wußte ja, daß Du meine vernünftige, kleine Eva bist.“

„Fühlst Du dann die Härte des Kusses?“

„Von wem hast Du denn die Unglücksbotschaft?“

„So ... Vena. Nun muß ich Dich aber verlassen, mein Herzchen, ich verplaudere hier mit meinem Kind die Zeit und meine Gäste werden sich schon über die unliebenswürdige Haustfrau aufhalten.“

„Gäste? Hast Du denn heute noch Gesellschaft, Mama?“ fragte Eva ganz verwundert.

„Natürlich, Kleine,“ gab Elisabeth lachend zur Antwort. „Reihmaals in der Woche veranstellen sich unsere guten Bekannten bei uns und wer sonst Lust hat, uns auf einige Abendstunden auszuladen; Du wirst das ja bald kennen lernen. Leb wohl, mein Liebling, schlaf und träume süß, auf Wiedersehen möge.“

Als die Thür sich hinter der eleganten Gestalt geschlossen, fiel Eva ein, daß sie dem Papa ja noch nicht „Gute Nacht“ gewünscht habe und daß sie ihn später wohl kaum noch würde

allein treffen können. Da sie nicht wußte, wo ihres Vaters Zimmer lagen, klingelte sie und ließ sich von dem erscheinenden Dienst nach dem Arbeitszimmer des Präsidenten führen. Dasselbe war leer.

Der Herr Präsident stand wahrscheinlich im Salon, gnädiges Fräulein; soll ich melden, daß das gnädige Fräulein hier warten?“

Eva überlegte einen Augenblick. „Ja.“

Bald darauf betrat Herr von Hirschfeld das Zimmer.

Das junge Mädchen eilte ihm entgegen. „Ich wollte Dir gern den ersten Abend, den ich wieder zu Hause bin, Gute Nacht sagen, Papa, sei nicht böse, daß ich nach Dir geschickt habe.“ bat sie.

„Aber Kind! Für Dich bin ich doch innerlich zu sprechen.“ erwiderte Herr von Hirschfeld mit leisem Vorwurf und strich zärtlich über den blonden Scheitel seiner Tochter. „Komm, wir wollen uns sehen, ich will Dir noch ein wenig Gesellschaft leisten, ich bin ohnehin zu dem Teufel im Salon heute nicht richtig ausgelegt.“ Er strich sich etwas ermüdet und abgespannt leicht mit der Hand über die Stirn. „Dies Leben wird zu Anfang etwas anstrengend für Dich sein, Euchen, laß Dich nicht zu sehr davon hinnehmen, es ist wahrscheinlich nicht wert, daß Du Dir Deine Gesundheit damit schädigst. Freust Du Dich denn auf diesen Winter?“

„Vor allen Dingen darüber, daß ich wieder bei Dir sein kann, Herzengelpapa.“

„Meine liebe, kleine Eva!“ kam es aus tiefstem Herzen über des alten Herrn Lippen. Er blickte sie finstern an. „Wie Du Deiner lieben, guten Mama ähnlich siehst!“ sagte er nachdenklich. Möglicherweise stand er auf, nahm ihren Kopf zwischen seine beiden Hände und drückte einen Kuß auf das weiße Haar. „Gute Nacht, mein liebes, liebes Kind, gute Nacht.“ Dann ging er langsam nach dem Salon zurück.

Eva sah ihm nach, bis die Portiere sich hinter ihm geschlossen, dann erhob sie sich und ging nach ihrem Zimmer. Als sie sich zur Ruhe begeben hatte, wollte der Schlaf lange nicht kommen: immer wieder sah sie ihren Vater vor sich mit dem eigenartlich herben Zug um den Mund, als er so plötzlich von ihr fortging.

95,20

Natürlich Flüssigkeiten
Dresden für das Land
Maurer u. für Bau
drückerei in

Der f.

Ernst von
Blauen w
Schlagung i
Monaten C

Leip

Ein recht
verbrauch Lein
indem es sehr
schnelle Spra
Männer war
Biersteuerbewa
ca. 650000

Ersatzwohl hofft die ersten Ansturm den Sie gedenkt, die sächsischen Arbeiter und der Lebensmittelwahlkampf zu be-

e sich der Maurer ganz geringe Ver-
einzogen, als ihm bei sorgige Pugstüke und fielen. Bald durchbare Schmerzen swerte ist jetzt an unsieglichen Quellen

bernehmen des „Ge-
sichtigt das Königl.
in der nächsten Zeit
der noch beim 1.
rgerquartieren ver-
s Ulanenregiments

Entlassung einiger
delegasie von 600
des „Wintersgrün“

en Dienstag Abend
abreißerlicher Alfred
Reitübung in der
Arde nahm, so un-
inen Geist aufgab.
sonntag fand man
Masters Schwalbe
e. Schwalbe, der
ein Bougeschäft
Mann war und
freute, dünkte den
einer Krisis im
en.

enfeglicher, ließ
der den Tod
obsteiters Mousch
philipp zur Folge
ienstag Abend im

Um 11 Uhr,
eben, ließen die
er Ursache, deren
offene Mund der
mehr zu funden
direkten Dampf
der zu alleinigen
ers der Maschine
der direkte Dampf
ehnism gestört,
nerartigen Knall
siale Gewalt der
ich umfangreiche
risse und fort-
den Feuermann
gelöste, während
von dem aus-
n Dampfe am
ede. Zwar noch
osem Zustan de-
ng gebraucht, wo
eine Stunden
original bekannter
en in rosigster
rt für 60 Pf.
Groenhainer.

hres Vaters Sim-
verscheinenden Die-
sühren. Dasselbe
im Salon, and-
ige Freude hier

8 Jänner.
Ich wollte Dir
e bin. Gute Nacht
e geschickt habe."

et zu sprechen."
owur und stich-
ter. „Komm, wir
Gesellschaft le-
alon heute nicht
und abgespannt
en wird zu Un-
en, las Dich nicht
nicht wert, daß
st Du Dich denn

ber bei Dir sein

dem Herzen über
an. „Wie Du
gte er nachden-
lichen seine hei-
te Haar. „Gute
Dann ging er

er ihm geschlos-
nun. Als sie
nge nicht kom-
mit dem eige-
nlich von ihr

Natürlich wurde der Erlös sofort wieder in Flüssigkeiten umgewandelt.

Dresden. Der hiesige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschloß, daß kein Verbandsmitglied unter 43—44 Pf. für Maurer und Zimmerleute und 30—33 Pf. für Bauarbeiter die Stunde zahlen dürfe, als eine Arbeitgeber-Koalition gegen Lohn- drückerei in aller Form.

Der frühere Ober-Kontrollorchester Frhr. Ernst von Waldenfels ist vom Schwurgericht Blauen wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung in 47 Jahren zu einem Jahr nun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Leipzigs Bierverbrauch betreffend.

Ein recht interessantes Eingangsblatt über den Bierverbrauch Leipzigs bringt der dortige „Generalanzeiger“, indem er schreibt: „Zahlen sprechen oft eine eindringlichere Sprache als Worte es vermögen und wohl keiner war erstaunt, als er gelegentlich der jüngsten Biersteuerbewegung erschien, daß in Leipzig jährlich ca. 650 000 Fässer Bier getrunken werden. — Über das ist ja möglich! Und doch ist es so. Der Rat der Stadt, sowie acht Brauereien und Gastwirte bestätigen die Thatache.“

Vergegenübertragen wie uns einmal an einem einfachen Rechenexample die Größe dieses Bierverbrauchs. Die größten Waffensprengwagen, wie sie in Leipzig zum Sprengen der Straßen benutzt werden, fassen 2 cbm, 1 cbm Hohlraum kostet 10 bl. Würde man nun den Jahresverbrauch an Bier in solche Wagen füllen wollen, so würden dazu nicht weniger als 32 500 Sprengwagen nötig sein.

Leipzig hat zur Zeit etwa 460 000 Einwohner. Nehmen wir, daß die Abbrunung wegen 450 000 an, so ergibt sich, daß auf jedem Kopf der Bevölkerung, gleichwohl ob Mann, Frau oder Kind, jährlich ziemlich genau 145 l Bier kommt. Rechnet man jedes Glas Bier im Durchschnitt zu 0,4 l, in der Annahme, daß es keine Brüder gibt, die beim Auslaufen die „Kunst des Schniedens“ üben, so kommen wir auf die Niedersumme von 162 500 000 (162^{1/2} Millionen) Glas Bier; was einem Verbrauche von rund 362 Glas Bier pro Kopf und Jahr entspricht.

Das Bier bekommt man aber nicht umsonst. Nehmen wir, daß das Glas Bier durchschnittlich nur zu 15 Pf. das billiger wird ja noch wenig getrunken, dafür aber desto mehr das teurere Bier und Bitter, so stellt sich heraus, daß die 162 500 000 Glas Bier 24 375 000 M. (wir sind davon aus, daß es dreiundhunderttausendtausend Tausend) kosten und daß auf jedem Kopf der Bevölkerung ca. 54 Mark jährlich kommt.

Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Im Bier ist bekanntlich Alkohol enthalten. Der Alkoholgehalt schwankt von etwa 1% an beim einfachen Bier bis zu ca. 6% bei den Bayerischen Exportbieren. Die Lagerbiere weisen etwa 3% bis etwas über 4% auf. Dass wir die verhältnismäßig geringe Menge einfaches Bieres mit geringem Alkoholgehalt, aber auch die ziemlich erhebliche Menge der südländischen Bayerischen und Pfälzer Biere außer Betracht, so kommen wir zu einem Mittel von etwa 4% Alkohol. 650 000 hl Bier enthalten dann aber zu diesem Prozentatz 26 000 hl oder 260 000 absoluten 100 prozentigen Alkohol. Alkohol ist ein narco-tisches Gift. Wahrscheinlich eine unheimliche Rasse und 1300 der erwähnten Sprengwagen würden nötig sein, um diese Menge Gift zu laden.

Nun wird man sagen: „In dem Verbrauche dieser Bierrassen sind doch aber auch die Tausende von Fremden beteiligt, die jährlich nach Leipzig kommen. Sehr richtig! Dafür sind aber in unserer Berechnung die beträchtlichen Quantitäten Bieres, die von Leipziger auswärts getrunken werden, ja es auf der Reise oder Sonntags in der näheren und weiteren Umgebung Leipzigs, besonders in den nicht einverleiblichen Vororten nicht zur Berechnung gelangt und darum gleich sich die Sache mindestens aus. Was kostet noch im Wein, Obstwein, Likören und sonstigen Schnaps getrunken wird, ist Sache für sich. Zahlen reden; sie geben Anlaß zum Denken.“

Halle a. S. Beim Kirchweihfest im

Vermischte Nachrichten.

* Zu einer originellen Protestgebung kam es am Sonntag in Suhl i. Th. Auf dem sich schroff über Suhl erhebenden Ottienstein gewahrten Einwohner eine lebensgroße, ausgestopfte männliche Figur, die, an einem Ast aufgehängt, in der Luft hin und her baumelte. Ein großes Plakat sagte: „Jedem, daß der gehende den englischen Kolonialminister Chamberlain vorstellen sollte.“

* Ein Aufsehen erregender Verleumdungsprozeß findet vor der Strafkammer in Sorau (Niederlausitz) statt. Der verleumderische Bekleidung des Dr. Ahlefelder, früher in Forst, jetzt in Greifswald, des Reichsanwalts Schorn und mehrerer Forster Damen ist der praktische Arzt Dr. Hauck aus Forst angeklagt; die Bekleidungen sind enthalten in einer großen Anzahl anonyme Briefe, die der Angeklagte verfaßt haben soll. Zur Verhandlung, bei der die Offenheit ausgeklammert war, waren 27 Zeugen und drei Schreibhochverständige geladen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis, das Gericht wußt jedoch nur 1000 Mark Geldstrafe aus.

* Beinahe die doppelte Geschwindigkeit unserer Schnellzüge ist auf den elektrisch betriebenen Militärbahnen Berlin-Zossen erreicht worden, nämlich 150 Kilometer in der Stunde. Interessant ist auch die Feststellung, daß der Luftdruck bei dieser ganz bedeutenden Geschwindigkeit nicht allzu bedeutend ist. Das am Kopf des Motorwagens angebrachte Manometer zeigt eine Stärke des Luftdrucks von 134 Kilogramm pro Quadratmeter. Eine weitere Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit dürfte vollauf nicht in Aussicht genommen werden können, weil man sich damit immer mehr der Gefahrengrenze nähern würde.

* Der Leichnam des Attentäters Czolgoz ist mittels einer starken Säure, welche in großer Quantität in den Sarg gegossen wurde, binnen 12 Stunden in eine formlose Masse umgewandelt worden und alle Kleidungsstücke, sowie die vielen Briefe und Geschenke, die für den Mörder Mac Kinley's im Gefängnis einschliefen sind verbrannt worden. Es ist dies geschehen, um zu verhindern, daß „Andenken“ an den Mörder erlangt werden können, denn es gibt ja immer Menschen, die für dergleichen Gegenstände schwere Geld hergeben. Wie schon berichtet, hat die Behörde von der Inhaftierung des Attentäters an den Gründtag verfolgt, etwaigen Nachahmern Czolgozs' wenig Ermutigung zu gewähren, indem es diesen unmöglich gemacht wurde, zu erfahren, wie sich die Welt mit ihm und seiner That beschäftigte. Dem Mörder Garfield's, Guiteau, war es erlaubt worden, sich als eine Art außergewöhnlichen Weins zu geben, Besuche zu empfangen, Interviews zu geben und überhaupt nach Möglichkeit seine Eitelkeit freien zu lassen. Das ist bei Czolgoz vermieden worden, hauptsächlich um Menschen deren Verstand nur schwach veranlagt ist, nicht dazu anzureizen, durch ähnliche Mittel einen „Held“ wie der Attentäter zu werden.

Nun wird man sagen: „In dem Verbrauche dieser Bierrassen sind doch aber auch die Tausende von Fremden beteiligt, die jährlich nach Leipzig kommen. Sehr richtig! Dafür sind aber in unserer Berechnung die beträchtlichen Quantitäten Bieres, die von Leipziger auswärts getrunken werden, ja es auf der Reise oder Sonntags in der näheren und weiteren Umgebung Leipzigs, besonders in den nicht einverleiblichen Vororten nicht zur Berechnung gelangt und darum gleich sich die Sache mindestens aus. Was kostet noch im Wein, Obstwein, Likören und sonstigen Schnaps getrunken wird, ist Sache für sich. Zahlen reden; sie geben Anlaß zum Denken.“

Halle a. S. Beim Kirchweihfest im

benachbarten Osendorf entstand eine Schlägerei, bei welcher ein polnischer Arbeiter durch Messerstiche getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt wurde.

* Eine gebildete Frau mahnt ihre Kinder, beim Essen kein Geräusch zu machen, nicht zu schmatzen, nicht zu schlürfen, das Messer nicht zum Mund zu führen, die Ellenbogen nicht auf den Tisch zu legen usw. Jetzt schreibt Kurt Wiegand in der Wochenschrift „Die Zeit“ Folgendes: „Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eines zweiten Monos gesellschaftlichen Anstandes gedenken, das in Deutschland leider bis in die „gebildeten“ Kreise hinein zu finden ist. Ich meine das unappetitliche Essen. Gegen das Messerstechen ist schon soviel getagt worden, daß man fast annehmen mag, diese „Sitte“ löse sich nicht aus. Aber außerdem bleibt noch genug Unzivilisiertes übrig. Man kann da in Hotels und Restaurants, sowie im Kreise der Familie Dinge erleben, die geeignet sind, einem den Appetit gründlich zu verderben. Einer legt sich beim Essen geradezu auf den Tisch, ein zweiter schlürft und schnagt, ein dritter stößt unter Gesichtsverrenkungen in den Zähnen herum, ein vierter sieht das Messer so kurz, daß man jeden Augenblick fürchtet, er schneide sich die Finger auf. — Einer bearbeitet sich zwischen den Gängen wiederholt seinen Vort mit der Taschenbüste (zuweilen auch sein Kopfhaar). Derartige Dinge zu erleben, gehört nicht gerade zu den Kühnheiten.“ Jedenfalls ist es die Aufgabe der Mutter, den Kindern dies wie andern Unsitzen bei Tische abzugewöhnen. Hier gilt ganz besonders der Spruch: Was Hanschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!

* Zur neuesten hessischen Hofgeschichte wird dem „B. R. R.“ aus Leiderken geschrieben, daß Großherzog Ernst Ludwig als letzter der angestammten Dynastie, viel Sympathie im Lande genießt, während es seiner Gemahlin Victoria Melitta tatsächlich verloren geblieben ist, sich die Zuneigung des warmherzigen und leicht beweglichen Hessenvolkes zu erwerben. Es scheint, daß diese Tochter des Herzogspaares von Edinburgh just jene weniger angenehmen Eigenschaften der Eltern übernommen hat, die beim Vater in einem mürrischen, grämlichen Wesen, bei der Mutter, die überall die russische Kaiserstochter herauslehrte, in hochfahrendem Stolz und höchster Unvorsichtigkeit verstanden. Überaus bezeichnend erschien mir das Verhalten der Großherzogin, als sie auf dem Balkon des Mainzer Stadtschlosses an der Seite des Gemahls den Festzug des Deutschen Schützenbundes ansah. Der Großherzog voller Lust und Freude die jubelnden Grüße seiner Untertanen und der deutschen und österreichischen Landsleute erwidern, mit den Händen nach den zugeworfenen Blumen hastend und mit Lachen und Juroren dafür dankend und die Großherzogin —? Sie ließ die ihr zukommenden Blumen bei Seite legen und hatte kein freundliches Lächeln, keinen Wins mit dem Taschentuch für den heraufstürzenden Jubel, nicht einmal die Hannoveraner, die ihr als englischer Prinzessin eine besonders

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Der Konflikt.“ Ist eine Lage sehr verwickelt — so führt dieselbe zum Konflikt — des Herzens süße Ruhe schwindet — dem, der sich im Konflikt befindet — der Frieden flieht, es tobt der Streit — in seiner ganzen Heftigkeit — und leider gibt's zu allen Zeiten — Konflikte, ergo Streitigkeiten! — Konflikte können leicht entstehen — man braucht sich nur lächeln — auch die Verschiedenheit der Meinung — tritt dabei heftig in Erscheinung. — Es ist das eine Menschenkind — dem Andern nicht stets gleich gesetzt — was diesen freut kann den erhöhen — bis beide aufeinander stoßen! — Denn der sich nicht zu raten weiß — macht der Konflikt das Leben heilig — wer in sein Schicksal sich nicht schickt — liegt mit sich selber im Konflikt — voll Unruhe zieht er seine Bahn — und das ist niemals wohlgethan — da heißt es, Recht und Kraft zu finden — um den Konflikt zu überwinden! — Wo hoch die Herzen wild umstritten — entpünkt sich immer ein Konflikt, — doch „Auserwählten“ und „Beglückten“, — giebt Liebe Anlaß zu Konflikten. — Sind sich zwei Leutchen zugethan — erfüllt sie ganz der süße Wahn — schwächt Eifersucht der Liebe Bande, — dann kommt leicht ein Konflikt zu Stande! — — Konflikte hier, Konflikte da — in Afrika wie in Afrika — in Leiderem giebt's sogar „Liebe“ — denn der Konflikt kommt nicht aus Liebe — daß auf politischem Gebiet — man hier und da Konflikte sieht — das war schon so in alten Tagen — weil sich die Nachbarn schlecht vertragen! — — Besonders übel ist daran — der Pforte ewig franker Mann, — denn neulich brachten in Konflikte — ihn die französischen Edikte! — Der Sultan ist ein guter Mann, — er zahlt so lang er zahlen kann; — Gallard verließ die Dordanellen, — verrauscht find des Konfliktes Wellen! — Und Grüße brauen sonder Zahl! — Vive Gaillard, Monieur Admiral! — Er ließ den franken Mann zur Adel — durch sein gewaltiges Geschwader. — Manch Einer, wie man so erblickt — wird schnell berühmt durch den Konflikt. — — Der Held des Tages hat nichts weiter — als seine Pflicht gethan! — Ernst Heiter.

6. und 7. Buch Mose, versiegelt, 400 Seiten, geb. nur 3 Mark. Nachnahme. G. O. Uhlmann, Dresden, Wettinerstraße 35.

Ratten — Mäuse

tötet „Aderlon.“ Gefahrlos Menschen, Tiere. Packete à 60 u. 100 Pf. allein zu haben bei Richard Rühne.

Hautausschläge al. Art, Flechten, näß. u. trock. Harnleiden, Mitesser, Sommerspross. u. dgl., off. Füsse (Fußgelenk) u. dgl. beh. m. best. Art. Dr. med. Hartmann, Spec. Art. f. Haut u. Harn. Besitzer d. Hellaust. Ulm i. Wilm a. D. Auskunft kostlos geg. 20 Pf. in Briefmarken f. Rückporto.

Kirchennotizen.

Dom. XXIV. p. Trin.

Raunhof.

Vorm. 1/11 Uhr: Gottsdienst.

Klinga.

Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst.

II. heil. Bußtag.

Raunhof.

Vorm. 1/11 Uhr: Gottesdienst (1. Joh. 2, 15—17.)

Nachm. von 1/5 Uhr an Beichtanmeldung in der Sakristei.

Nachm. 5 Uhr: Beicht- und Abendmahlsgottesdienst.

Klinga.

Vorm. von 1/4 Uhr an Beichtanmeldung in der Schule.

Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst mit Beichte und Abendmahlseier nach der Predigt.

Nachm. 2 Uhr: Beistunde.

Vereinsbank Naunhof

Grimmaerstr. 179.

An- und Verkauf von Staatspapieren, Pfandbriefen, Aktien etc.

Kontrolle von Verlosungen u. Kündigungen.

Verwahrung von Wertpapieren.

Belebung von börsengängigen Effekten, Sparkassenbilanzen, Hypotheken.

Vermittelung von Hypotheken.

An- und Verkauf von Grundstücken, Diskonto- und Inkassoverkehr. Vermittelung von Leibrenten- u. anderen Versicherungen.

Annahme von Spareinlagen auf Rechnungsbilanz gegen bestmöglichste Verzinsung.

Reichsbank-Giro-Konto.

Fernsprecher No. 44.

Geschäftszelt: 10—1 Uhr.

Für Magenleidende

All denjenigen, die sich durch Erkrankung oder Überlastung des Magens, durch Genuß mangelhafter, Magenkost, Magenkrampe, Magenknoten, schwer verdauliche Verdauung oder Verzehrung

zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilende Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuterwein.

Dieser Kräuterwein ist aus vorzüglichen, heilkraftigen befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuterwein beseitigt Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von verdorbenen, krankmachenden Stoffen und wirkt förderlich auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gehrauch des Kräuter-Weins werden Magenbeschwerden meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säuseln, seine Anwendung anderen schaffen, stecken, Genußmittel verordnen.

Bei gänzlicher Appetitlosigkeit, unter schwerer Abspeisung und Gemütsverstimmung, sowie bei eigenen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, schlechtem oft schlechtem Schlaf kann das dazugehörige Kräuterwein einen frischen Impuls. Der Kräuterwein steigert den Kräuterkreislauf kräftig ab, beschleunigt und verstärkt die Blutbildung, beschafft die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue Kräfte.

Kräuter-Wein ist in Flaschen a. Mk. 1,25 und

Gasthof zum goldenen Stern, Naunhof.

Sonntag den 17. November

Kleinkirmes.

Von 4 Uhr an starke Tanzmusik, volles Orchester. Ausgezeichnete Biere, sowie der Saison entsprechende Speisen. Es lädt ergebenst ein Karl Albani.

Wegen der bevorstehend. Stadtgemeinderats-Wahl
hält der hiesige Bürgerverein
Montag, den 18. November, abends 1/29 Uhr
eine
ausserordentliche Versammlung

im Rathaussaal

ab, wozu die Mitglieder und auch solche Gäste, welche sich für die bevorstehende Wahl interessieren, hierdurch freundlich eingeladen werden.

Der Bürgerverein zu Naunhof.
Dr. Wolf, d. St. Vorsitzender.

Weihnachtsausstellung
Rücksten Montag, den 18. d. J. abends 1/29 Uhr findet eine weitere Versammlung der Interessenten der Weihnachtsausstellung im **Gasthof zum goldenen Stern** statt, wozu hiermit freundlich eingeladen wird.
Heute Sonnabend warme **Wiener- und Knoblauchwurst** empfiehlt **B. Rebel.**

Zarte Haut, zarten Teint
erhält jedermann durch öfteren Gebrauch von:
echtem Gold-Creme,
echtem Lanolin-Creme,
echt Mandelöl,
Seifenspiritus,
Lanolin-Edel-Alabaster- u.
Lilienmilch-Seife
aus dem Kräutergewölbe von
Felix Steeger's Nacht.

für Kapitalisten.

Genoss. m. b. H., welche ein in bestem Gange des Geschäft, welches für jegigen Inhaber zu umfangreich geworden ist, übernimmt. — Betrieb von bedeut. Konsumartikeln — hat noch einige Anteilscheine abzug. Const. Verl. Ende Nov. Einzahl. so. über Jan. 02. 15 Proz. Gewinn wird nachgewiesen. Keinste Referenz. Diskretion jugel. Nur reell gem. Off. erbauen u. D. Z. 632 an die Exp. d. Blattes.



Logis

erste Etage zu vermieten, per 1. Januar 1901 zu beziehen.
Oststrasse 95 T.

Näheres über ein nenerfundenes

Aufsehen

erregendes Präparat mit geradem augenscheinlichem Erfolge bei Mitessern, Sommersprossen, Leberflecken, Gesichtsröte, roten Armen und roten Händen, bei schwieligen Händen und Kopfschuppen teilt unentzettelbar mit Joh. Grollich k. k. Privilegiums-Inhaber in Brünn (Mähren). Proben 80 Pfg. in Briefmarken. Originaldosen Mk. 2.50.

Gasthof Albrechtshain.

Heute Sonntag, den 17. November

Jugend-Kräntchen

(Damen-Wahl).

Empfehle selbstgebackene Pfannkuchen. Hierzu lädt freundlich ein B. Löbus.

Gewerbe-Verein

Naunhof.

Dienstag, abends 9 Uhr ausserordentliche

Versammlung.

Tages-Ordnung: **Stadtgemeinderatswahl** betr. Der Vorstand.

Haus- und Grundbesitzer-Verein Naunhof.

Montag, den 18. November, abends 8 Uhr **Hauptversammlung** in „**Stadt Leipzig**“. — Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes.

Heute Sonnabend frische hausgeschlachte Blut- Leber- und Bratwurst

Moritz Kaufmann.

Frisch gek. Schinken, frische Sülze warme Wiener- und Knoblauchwurst empfiehlt **H. Schwarze.**

Wichtig

für

die Herren Landwirte.

Es empfiehlt

Drusenpulver
Kuhpulver
Milchpulver
Pferdepulver
Schweinepulver
Karlsbader Salz
Glaubersalz
Natron doppelt.
Phosphors. Kalk
Lorbeersalbe
Altheesalbe
Ameisenspiritus
Arnikaspiritus
Kampferspiritus
Seifenspiritus
Salmiakgeist
Terpentinöl
Maschinenöl
Geschirrschniere
Fluid

Verbandwatte
Binden
Heftpflaster
Leinsamen
Leinmehl
Senfmehl
Wachholderpulver
Leinöl
Leberthran
Ricinusöl
Marsöl

ferner zur Desinfektion:

Karbolsäure
Karbolkalk
Chlorkalk
Kreolin
Lysol

C. Mertz,
(Felix Steegers Nachf.)
Kräuterhandlung.

Einen wachsenden, scharfen
Hofhund
und ein gebrauchtes Pökelfass sucht zu kaufen. **Röck, Naunhof, Waldstr. 135.**

Ehrenerklärung.

Die gegen Fräulein Elsa Reisselt gen. Kreßschmar ausgesprochenen Beleidigungen beruhen auf Unwahrheit und nehme ich reuevoll zurück. **Elsa Lange.**

In der heutigen Nummer befindet sich eine Broschüre über California und seine Wein-Produktion. Die ausgeführten Qualitäten dieses Landes werden von der hiesigen Firma **P. Schlimann** in den Handel gebracht.

Ernestine Herrmann

Leipziger Strasse 48 Naunhof Leipziger Strasse 48

empfiehlt:

Leinen und Halbleinen in allen gangbaren Breiten

— **Tischzeuge und Handtücher,** —

Bettzeuge in weiß und bunt, Bettdecken und Inlette, Taschentücher, Wischzeuge, Hemdentüche, Shirtings, Dowlas, Chiffons, Piques, Barchente u. s. w.

— **Anfertigung von Ausstattungen in feinstter Ausführung.** —

Landtags-Beilage zur Leipziger Zeitung.

1901.]

Verantwortliche Redaktion: Dr. Julius Riffert in Leipzig.

[Nr. 1.

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

1. Präliminarsitzung am 12. November.

Beginn 6 Uhr abends. Regierungstisch: unbefestigt.

Abg. Dr. Mehnert als Vorsitzender der Einweihungskommission eröffnet die Versammlung mit folgender Ansprache:

M. H. Namens der Einweihungskommission heiße ich Sie alle, die Sie hierher gekommen sind, um gemeinsam zu raten und zu thaten für das unerstreitbare Wohl für König und Vaterland, herzlich willkommen. Unsern Eingang in dieses Hause segne Gott, wie er segnen möge unsern ersten Ausgang!

Seitdem wir, m. H., auseinandergegangen sind, hat schwere Sorge unser Volk heimgesucht. Es gab Tage und Wochen, in denen die Herzen aller treuen Sachsen nur die eine lange Frage nach dem Bestinden unseres vielgeliebten Königlichen Herrn erschüttert, in denen nur ein Gebet emporstieg zum Throne des Höchsten, daß er gnädiglich schauen möchte das neuere Haupt, das er mit der Krone der Wittiner geschmückt hat. Und der Allmächtige hat das Flehen unseres Volkes erhört und unseres Königs Majestät wieder genesen lassen von schwerem Krankheit, sodass wir übermorgen bei der heimgegangenen Eröffnung des Landtags das Glück haben werden, unserem König in das treulich sorgende, landesväterliche Auge wieder schauen zu dürfen.

Dafür wollen wir Ihn, den allgläufigen Gott, preisen und ihm Dank sagen aus unserm Herzen! Tiefstem Grunde! Unserer innigen Freude aber wollen wir Ausdruck geben, indem wir unserem Königlichen Herrn unsre ehrerbietige Huldigung bringen und unter Erhebung von den Plänen unser Tagewerk beginnen mit dem begeisternden Auge: Seine Majestät unser Allergnädigster König und Herr hoch! Und abermals hoch! Und zum dritten Male hoch!

Die Kammer stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.

Lassen Sie, m. H., mich auch des Todeshauses gedenken, der seit unserer letzten Tagung unter hohes Königshaus betroffen hat. In der Blüte seiner Jahre wurde Se. Königl. Sohn Albert durch jähren Unfall plötzlich dahingerafft, fast betrauert von unserem Volke. Namens der Kammern habe ich in Gemeinschaft mit dem Hrn. Präsidenten der Ersten Kammer Sr. Majestät dem König wie dem erlauchten Vater des dahingeführten Prinzen die Gefühle unserer innigen Teilnahme und Mittrauer in besonderem Komplimentsschreiben zum Ausdrucke gebracht. Außerdem hat eine Deputation dieser und der jenseitigen Kammer den Beisetzungsdienstkeiten in der katholischen Hofkirche beigewohnt.

Wie so oft aber im Leben das Vergehen und das Werden hart aneinander liegen, so konnten wir auch die vor wenigen Wochen erfolgte Geburt einer Prinzessin mit herzlicher Freude beglücken. Röge Gottes Gnade über dem jungen Reich am alten Stamme der Wittiner immerdar waltet!

Es liegt mir noch die traurige Pflicht ob, der durch den Tod aus unserer Mitte geschiedenen Abgeordneten zu gedenken.

Am 4. Juli 1900 starb Dr. Stadtrat und Amtsrat Heinrich in Bierau. Er gehörte während des letzten Landtages der Zweiten Kammer als Mitglied an und vertrat den 14. Wahlkreis. Schon während des letzten Landtages war der heimgegangene seiner angegriffene Gesundheit wegen genötigt, wiederholts Urlaub zu nehmen, so daß es ihm nur in geringem Maße vergönnt war, an den Arbeiten unserer Kammer sich zu beteiligen.

Am 4. November 1900 verstarb Dr. geh. Kommerzienrat Georgi in Wulau, der am 4. November 1879 als Abgeordneter des 21. Wahlkreises in die Zweite Kammer eintrat und diesen Wahlkreis ununterbrochen bis zu seinem Ableben vertreten hat. Während des Landtages in den Jahren 1887 bis mit 1898 war er zweiter, bei den Landtagen 1899 bis mit 1900 aber erster Vizepräsident der Kammer; auch gehörte er seit seinem Eintritt in die Kammer unausgesetzt der Finanzdeputation A als Mitglied an und war in den Landtagen der Jahre 1881 bis 1889 Schriftführer, vom Landtag 1891/92 ab aber stellvertretender Vorsitzender dieser Deputation. Mit ihm ist einer der Tätigkeiten aus unserer Mitte geschieden. Er war uns allen ein Vorbild von Arbeitstucht und Arbeitskraft, er war ein treuer Patriot, dessen überzeugende und klare Rede uns oft gefallen, und der es mehr als einmal verstanden hat, unüberhörbar erscheinende Gegenstände zu vermittelnden und sie zu einen zu gemeinsamer gelegneten Thätigkeit.

Am 1. März 1901 verschied Dr. Geh. Rat Dr. Adelmann in Dresden. Er gehörte während des Landtages 1869/70, dann vom 26. Oktober 1877 an ununterbrochen bis zum Landtag 1899/1900 der Zweiten Kammer als Mitglied an; 1869/70 wurde von ihm der zweite Wahlkreis der Stadt Dresden, weiter aber unausgesetzt der fünfte sächsische Wahlkreis vertreten. Beim Landtag 9/98 wählte ihn die Kammer zu ihrem Präsidenten, welches Amt er auch in den folgenden Landtagen, und zwar bis Ende des Landtags 1897/98 vertrat. Während des Landtags 1877/78 war er stellvertretender Vorsitzender, während aller folgenden Landtage bis mit 1899/1900 aber Vorsitzender der Gesetzgebungsdeputation. Der noch vor ihm heimgegangene Vizepräsident Georgi rief ihm bei seinem Rücktritte von der Präsidentenstelle in der Sitzung vom 8. November 1899 herzlich empfundene Worte des Dankes nach, die in dem Satze, den ich mir heute zu wiederholen gestattet, gipfeln, daß die seltsame Pflichttreue, die fast beispiellose Hingabe an sein Amt jedem Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl als leuchtendes Beispiel allezeit voranstehen werden!

Und nun, m. H., lassen Sie mich noch eines Mannes gedenken, der zwar in den letzten Jahren nicht mehr aktives Mitglied unserer Kammer war, der aber in Wahrheit einer der kühnsten gebürtigen ist bis zu seinem letzten Atmen. Lassen Sie mich noch gedenken unseres früheren langjährigen Präsidenten Dr. Haberkorn! Dr. Geh. Rat Dr. Haberkorn in Bitter, der am 6. April 1901 heimging, trat am 10. Januar 1849 in die Zweite Kammer ein und gehörte ihr ununterbrochen bis Ende des Landtages 1891/92, also über 40 Jahre, als Mitglied an. Vertreten wurde von

ihm anfänglich der aus den Städten Bautzen, Kamenz ic. bestehende Wahlkreis, dann unausgesetzt der 1. sächsische Wahlkreis. Auf dem Landtag 1849/50 war er Vizepräsident, 1858 wurde er Präsident der Zweiten Kammer und fungierte als solcher mit Ausnahme zweier Landtage bis Ende des Landtages 1889/90. Während der Landtage 1871/72 und 1873/74 war er Mitglied der Finanzdeputation A, während seines letzten Landtages 1891/92 aber begleitete er das Amt des Vorsitzenden der Gesetzgebungsdeputation. Am 8. Januar 1874 bereits feierte er das 25-jährige Jubiläum seiner landständischen Thätigkeit. M. H., ich habe nicht nötig, über die hohen Verdienste Haberkorns ein Wort in diesem Hause zu sagen — diese Verdienste sind in der Geschichte unseres Vaterlandes eingezzeichnet für alle Zeiten!

Wir werden den heimgegangenen Kollegen allezeit ein dankbares und ehrendes Gedächtnis bewahren. Unserer Trauer über ihren Verlust geben wir Ausdruck, indem wir uns gemeinsam von unseren Blättern erheben. Sie mögen ruhen in felsigem Frieden!

Die Kammer erhebt sich von den Plänen.

Entsprechend der Vorschrift der Geschäftsordnung wird darauf die Kammer durch das Los in fünf Abteilungen geteilt. Diese entfernen sich zu ihrer Konstituierung. Hierauf werden zu Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Schriftführern und stellvertretenden Schriftführern folgende Herren Abge. gewählt:

- I. Dr. Schill, Dr. Schöber, Dr. Schöne, Dr. Spieß;
- II. Dr. Mehnert, Ahnert, Majschke, Dr. Vogel;
- III. v. Kirchbach, Gontard, Reißmann, Schubert
- IV. Höhnel, Preibisch, Dr. Kühlmorgen, Horst
- V. May, Döbrik-Rischwitz, Kellner, Leupold.

(Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.)

I. Kammer.

1. Präliminarsitzung am 13. November.

Beginn gegen 11 Uhr. Am Regierungstische: die Staatsminister v. Weißsch., v. d. Planitz, Dr. v. Seydelwitz, v. Wagdorf und Dr. Rüger.

Der Sitzung wohnen Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Georg und Friedrich August bei.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Graf v. Könneritz begrüßt als Vorsitzender der Einweihungskommission die erschienenen Kammermitglieder mit kurzen, herzlichen Worten.

Die Tagesordnung besteht lediglich in Mitteilungen, u. a. der Bekanntgabe des Königl. Dekrets, betreffend die Ernennung des Wirkl. Geh. Rats Dr. Grafen v. Könneritz zum Präsidenten der Ersten Kammer.

(Schluß der Sitzung gegen 11 Uhr.)

II. Kammer.

2. Präliminarsitzung am 13. November.

Beginn 11 Uhr. Am Regierungstische: die Staatsminister v. Weißsch., v. d. Planitz, Dr. v. Seydelwitz, v. Wagdorf, Dr. Rüger.

Nach Feststellung der Präsenz, die durch Namens-aufzur die Anwesenheit von 80 Abgeordneten ergibt, wird die Beschlussfähigkeit des Hauses erklärt.

Das Wort erhält der Abg. Dr. Schöber. Er beantragt in Anerkennung der vorzüglichen Dienste, die die Abgeordneten Dr. Mehnert als Präsident und Opiz als zweiter Vizepräsident der Kammer geleistet hätten, dem Wunsche einer großen Zahl von Abgeordneten entsprechend beide Herren zu den von ihnen bisher bekleideten Ämtern wiederzuwählen, als ersten Vizepräsidenten aber den Abg. Dr. Schill zu wählen.

Der Antrag wird unterstützt. Es wird hierauf Abg. Dr. Mehnert einstimmig zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Er nimmt die Wahl mit etwa folgender Erklärung an:

M. H. Ich bin Ihnen aufrichtig und herzlich dankbar für diese einmütige Anerkennung Ihres Vertrauens. Ich kann Ihnen nichts anderes sagen, als daßjenige, was ich zu Ihnen sprach, als ich zum ersten Male im letzten Landtag zu dem hohen Amt des Präsidenten berufen wurde. Es wird mein ehrliches und ehrliches Bestreben sein, die Ehre und Würde dieses Hauses zu wahren gegen jedermann, die Geschäfte des Landtages unter meiner tätigen Rücksicht zu fördern und, will's Gott, zu einem gebedlichen Ende zu führen und freige Unparteilichkeit warten zu lassen nach allen Seiten. Für die Ausführung dieses Amtes bitte ich Sie von neuem um die mir in so reichem Maße bereits zu teil gewordene wohlwollende Unterstützung und freundliche Nachsicht. Damit nehme ich die an mich gestellte Wahl an.

Hierauf wird ebenfalls einstimmig Abg. Dr. Schill zum ersten Vizepräsidenten der Kammer gewählt. Er erklärt mit etwa folgenden Worten die Annahme der Wahl:

Meine hochgeehrten Herren! Ich danke Ihnen herzlich für die große Ehre und das hohe Vertrauen, welches Sie mir soeben bewiesen haben. Obwohl ich nicht ohne Bedenken bin, ob ich die Kraft haben werde, den treulichen Männern, die vor mir das mir soeben anvertraute Amt

innegehabt haben, es gleichzutun, so nehme ich doch die Wahl an, in dem Vertrauen und der Hoffnung, daß wenn Sie mich einmal zur Ausübung des Amtes berufen, Sie mir auch Ihre Vertrauen und Ihre Nachsicht schenken werden. (Beifall.)

Ferner wird Abg. Opiz einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Auch er nimmt die Wahl dankend an.

Auf Antrag des Abg. Hänel werden hierach die Sekretäre durch Zuruf gewählt, und zwar die Abg. Rüder und Ahnert zum ersten und zweiten Sekretär, die Abg. Hauffe und Majschke zum ersten bez. zweiten stellvertretenden Sekretär.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Bekanntgabe von Mitteilungen der Einweihungskommission der Ersten Kammer, deren erste Präliminarsitzung betreffend, des Königl. Gesamtministeriums, die Eröffnung des Landtags betreffend, endlich des Königl. Oberhofmarschallamts und des Königl. Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, die feierliche Eröffnung des Landtages und den ihr vorausgehenden Gottesdienst betreffend.

Zum Schluß gibt der Präsident als Tagesordnung für die nächste, am 14. November 1901 10 Uhr 30 Min. vormittags stattfindende Präliminarsitzung bekannt: die Verpflichtung der neu- bez. wieder gewählten Abgeordneten und die Konstituierung der Kammer.

(Schluß der Sitzung nach 12 Uhr.)

Wohnungsgeldzuschüsse für die sächsischen Staatsbeamten.

Eingehende Erhebungen, die die Staatsregierung veranlaßt hat, haben ergeben, daß in Sachsen gegenwärtig derartige örtliche Verschiedenheiten bezüglich der Teuerungsverhältnisse bestehen, daß deren Ausgleichung durch Zuschüsse zu den Gehältern der Beamten, die nach den Preisverhältnissen der Stationssorte abgestuft sind, im unbedingten Bedürfnisse liegt. Dabei bildet zwar wie in anderen Staaten so auch in Sachsen die Wohnungsmiete den Mittelpunkt der ganzen Beschäftigungsfrage; es haben sich indessen seit der letzten allgemeinen Gehaltsabstufung vom Jahre 1892 in Sachsen überhaupt und allenfalls die Preisverhältnisse so gestaltet, daß die jetzigen Beamtenbezahlungen nicht mehr für ausreichend gelten können, weshalb es einer Aufbesserung des Dienstinkommens der sächsischen Beamten an allen Stationssorten und aller Kategorien bedarf. Diesem Bedürfnisse kann daher weder durch Einführung sogenannter Ortszulagen, die nur den in den teureren Orten stationierten Beamten zu gewähren wären, während die in den billigeren Orten stationierten Beamten leer auszugehen haben würden, noch durch eine bloße Gehaltsverhöhung abgeholzt werden. Es gilt vielmehr, jetzt an das Dienstinkommen der Beamten gleichzeitig nach zwei Richtungen die bessende Hand anzulegen: nämlich sowohl die allgemeine Ungleichheit der Beamtenbezahlungen zu beheben, als auch die örtlichen Verschiedenheiten in den Teuerungsverhältnissen auszugleichen. Diese Ausgleichung kann, da eine bloße Gehaltsverhöhung nur in jener Richtung helfen, die Einführung von Ortszulagen nur in dieser Richtung Abhilfe schaffen, also gleichfalls nur einseitig wirken würde, nur dadurch bewirkt werden, daß den Beamten zu ihrem bisherigen Gehaltszuschüsse hinzugewöhnt werden, die nach den Preisverhältnissen der verschiedenen Stationssorten unter gleichzeitiger Berücksichtigung der dienstlichen Stellung der Beamten abgeschafft sind, und denen, trotzdem sie nicht bezüglich der Wohnungsverhältnisse, sondern bezüglich der Teuerungsverhältnisse überhaupt die örtlichen Verschiedenheiten auszugleichen haben werden, die auch anderwärts, namentlich im Reiche und in Preußen, bestehende Bezeichnung "Wohnungsgeldzuschüsse" beizulegen sein wird. Gest durch das hinzutreten derartiger örtlich verschiedener Zuschüsse zu den festen Gehältern wird es unter den jetzigen Gehältern voll ermöglicht werden, bei Stellenbezeichnungen den rechten Mann an den rechten Ort zu bringen. — Denn gegenwärtig kann es einem Beamten begegnen, daß er durch eine bloße Verleihung sich namentlich infolge der Steigerung des Mietbausandes ganz erheblich gefürchtet verschlechtert. Dieser Umstand bringt aber in sündiger Weise die im Interesse des Dienstes unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit in der Stellenbesetzung. Sogar Verlegungen nach Dresden, und zwar auf solche von höheren Beamten, sind bei den Beteiligten auf Widerstand gestoßen, weil sie hierzu mit Recht befürchteten, daß sie dadurch in finanzielle Bedrängnis geraten könnten.

Die Staatsregierung hat deshalb den Standen den eingehendsten Weise begründet und mit einem außerordentlich umfangreichen Rahmenwerk ausgefertigten Entwurf eines Gesetzes zur verschaffungsmöglichen Verarbeitung zugehen lassen, monach die Staatsdiener, insgleichen die Geistlichen, die Lehrer, die Professoren und die dauernd angestellten Beamten und Bediensteten der Universität, wenn sie ihren Stationssort in Deutschland haben, eine Verleihung auf Grund des Staatshaushalt-Erlaß beziehen und durch die ihnen übertragenen Gehälter nicht bloß nebenbei in Anspruch genommen werden, vom 1. Januar 1902 ab einen Wohnungsgeldzuschuß nach Maßgabe eines Tarifs erhalten sollen, der die Beamten in sechs Klassen abschafft und für diese je fünf verschiedene Ortsklassen in der Weise vorstellt, daß der Jahresbetrag des Wohnungsgeldzuschusses betragen soll für die Angehörigen der

Beamtenklasse	in der Ortsklasse				
	I	II	III	IV	V
1	200	200	200	570	420
2	960	750	540	450	360
3	720	580	440	360	280
4	480	350	270	210	150
5	310	250	190	140	90
6	240	190	140	100	60

Welche von jenen Beamten jeder der Beamtenklassen 1 bis 6 des Tarifes bezüglich sind, soll für die Jahre 1902 und 1903 durch ein dem Gelege als Anlage beigefügendes Beamtenverzeichnis, von da ab durch den Staatshaushaltst-Stat bestimmt werden. Für den zu gewährenden Wohnungsgeldzuschuß soll der mit der Dienststelle verbundene Rang, nicht der einem Beamten etwa persönlich beigelegte Rang maßgebend sein.

Die Einteilung der Orte in die fünf Ortsschlasse des Tarifes soll sich nach Höhe eines dem Gelege ebenfalls als Anlage beigefügendes Ortsteuerzeichnisses bestimmen.

Bei denjenigen Beamten, die in Deutschland, indes außerhalb Sachsen stationiert sind, soll für den Wohnungsgeldzuschuß die Einteilung der Orte, nach der die Servitalkompetenzen der Militärpersonen bemessen werden, dergestalt maßgebend sein, daß die Servitalklasse A der Ortsschlasse I, die Servitalklasse I der Ortsschlasse II, die Servitalklasse II der Ortsschlasse III, die Servitalklasse III der Ortsschlasse IV, die Servitalklassen IV und V der Ortsschlasse V des sächsischen Tarifes entsprechen.

Bei einer Versetzung in eine andere Dienststelle oder nach einem anderen Stationsort soll der Anspruch auf den der bisherigen Dienststellung und dem bisherigen Stationsorte entsprechenden Satz des Wohnungsgeldzuschusses mit dem Zeitpunkte erhöhen, mit dem der Bezug des Gehalts nach der bisherigen Dienststelle oder am bisherigen Stationsorte aufhört. Hat eine Versetzung eine Verminderung des Wohnungsgeldzuschusses zur Folge, so soll dadurch ein Entschädigungsanspruch nicht begründet werden.

Beamte, die mehr als eine Stelle bekleiden, erhalten den Wohnungsgeldzuschuß nur einmal, und zwar für diejenige Stelle, die auf den höchsten Satz Anspruch giebt.

Beamte, die eine freie Dienstwohnung nicht lediglich als zulässigen Dienstgenuss innehaben oder eine Wohnungsgeldzuschuß, Mietzinsergänzung, Ortsgulage oder Entschädigung für den Repräsentationsaufwand beziehen, die den tarifmäßigen Betrag des Wohnungsgeldzuschusses übersteigt, wird der Wohnungsgeldzuschuß nicht und zwar auch dann nicht gewährt, wenn ihnen jene Bezüge nicht aus der Staatsklasse ausreichen. Überverschuldeten Wohnungsgeldzuschüsse, Mietzinsvergütungen, Ortsgulagen oder Entschädigungen für den Repräsentationsaufwand den tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß nicht, so hat der Wohnungsgeldzuschuß bis zur Höhe jener Bezüge zu richten. Hat ein Beamter für eine Dienstwohnung einen hinter dem tarifmäßigen Betrage des Wohnungsgeldzuschusses zurückbleibenden Mietzins, so wird ihm der Wohnungsgeldzuschuß nur bis zur Höhe des Mietzinses gewährt. Weiblichen Beamten, deren Ehemänner Anspruch auf Wohnungsgeldzuschuß haben, wird der Wohnungsgeldzuschuß nicht gewährt.

Bei Vermehrung der Pension und des Wartezeitgeldes soll der Wohnungsgeldzuschuß außer Berücksichtung bleibende. In allen anderen Beziehungen soll er in seinem tatsächlichen bezogenen Betrage als Bestandteil des Dienstinkommens gelten.

Die Wohnungsgeldzuschüsse nach dem Vorgange des Reiches einen Teil des Dienstinkommens der Beamten bilden sollen, das durch ihren Hinzufluss in einem festen, unveränderlichen und in einem beweglichen, je nach dem Stationsorte verschiedenen Bestandteil gesetzt, würde an sich folgen, daß der Wohnungsgeldzuschuß auch bei der Pensionierung oder Versetzung in Wartezeit in Abrechnung gebracht werden müßte. Hierdurch würde aber der ohnehin erhebliche Aufwand, den die Verwaltung von Wohnungsgeldzuschüssen der Staatsklasse aufwirkt, noch beträchtlich gesteigert werden, zumal nicht nur die künftig aufzunehmenden Pensionen durch die Erhöhung der Anrechnungsfähigkeit eine Erhöhung erfahren würden, sondern gleichzeitig auch billigerweise darauf zu kommen werden müßte, die bereits aufgestellten Pensionen, wie dies auch früher alljährlich allgemeiner Gehaltsabänderungen gefolgt ist, in angemessener Weise aufzubessern. Der Mehrbedarf, der allein durch die Übernahme einer in möglichen Grenzen gehaltenen Erhöhung der bereits aufgestellten Pensionen eintreten würde, ist auf annähernd eine Million R. zu veranschlagen. Die Regierung hat sich unter diesen Umständen mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes, die zur weiteren Sparsamkeit nötigt, entschlossen, zur Zeit auf die Anrechnungsfähigkeit der Wohnungsgeldzuschüsse bei der Pensionierung oder Versetzung in Wartezeit zu verzichten. Immerhin aber wird nach ihrer Ansicht im Auge zu behalten sein, daß diese Maßregel eine erhebliche Dürre in schwierige Faltenfrequenz entfällt und nur durch die Ungunst der Verhältnisse erzwungen ist. Es muß daher der Zukunft vorbehalten bleiben, hier ergänzend einzutragen.

Was den Aufwand anlangt, den die Einführung von Wohnungsgeldzuschüssen nach den von der Regierung geplanten Vorrichtungen verursachen würde, so hat eine genaue Feststellung, die hinsichtlich aller beteiligten Beamten nach Maßgabe des Beamten- und Ortsteuerzeichnisses für die Finanzperiode 1902/1903 getroffen worden ist, einen Jahresbetrag von 5 712 403 R., nämlich 5 801 050 R. abzüglich 88 617 R. zeitweise ruhender Beträge, ergeben. Daraus werden aber noch 260 000 R. jährlicher Aufschluß zur Rücksicht kommen, da die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Staatsbeamten auch eine Steigerung der Bezüge der aus der Rivalität und den Apanagen des Königlichen Hauses belasteten Beamten und Diener zur Folge haben muß, durch eine so umfangreiche Webausgabe, aber, wie sie die Erhöhung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Staatsbeamten zu bestimmt, die Rivalität, die schon jetzt 1 249 439 R. jährlich für Bezüge aufzuwendet hat, über ihre Rücksicht in Anspruch genommen werden würde. Unter Hinzurechnung dieser 260 000 R. würde sich demnach der durch die Einführung von Wohnungsgeldzuschüssen verursachte Gesamtaufwand auf 5 972 403 R. jährlich bewegen.

Der für die Staatsbeamten tarifmäßig entfallende Gesamtbetrag von 5 801 050 R. verteilt sich mit

0,3 Prog. =	15 600 R.	auf die Beamtenklasse 1,
1,5 : =	89 610 : =	2,
19,2 : =	1 112 240 : =	3,
20,3 : =	1 179 270 : =	4,
24,8 : =	1 497 230 : =	5,
34,4 : =	1 997 100 : =	6.

Die Höhe der Belastung der Staatsklasse durch die Wohnungsgeldzuschüsse wird also ganz überwiegender durch die mittleren und unteren Beamten bedingt; auf die Beamten der ersten drei Klassen entfällt nur ungefähr 1/4 der gesamten Bezugssumme.

Auf die einzelnen Ortsschlasse verteilen sich jene 5 801 050 R. derart, daß davon kommt auf die Ortsschlasse I 3 114 840 R., die Ortsschlasse II 824 410 R., die Ortsschlasse III 367 140 R., die Ortsschlasse IV 890 950 R., die Ortsschlasse V 608 710 R.

Das für die Finanzperiode 1902/1903 maßgebende Beamtenverzeichnis gestaltet sich folgendermaßen, wobei zu bemerken ist, daß, wenn darin die Staatsminister fehlen, dies dadurch sich erklärt, daß diese schon gegenwärtig Wohnungsgeld bezahlen oder im Genusse freier Wohnung sich befinden.

Klasse 1: Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts; der Präsident des Oberlandesgerichts; der Präsident des

Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums; die Ministerialdirektoren; der Präsident der Oberrechnungskammer; die Geheim-

kammern; die Bezirkshauptämter; der Bezirksteuerzamt; der Geistlichkeitshauptamt; die Kultus- und Schulungsgerichtsleiter, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Lehrer an der Tierärztlichen Hochschule, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Lehrer an den Technischen Staatschulen, der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, der Kunstgewerbeschule, der Industrie- und der Bau- und Gewerbeschulen sowie die ständigen Lehrer an den Gymnasien, Realgymnasien, Seminaren, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Oberlehrer an den Laubstammesanstalten und Bandesanstalten, soweit sie 2400 R. und mehr jährliche Besoldung beziehen; die Bibliothekare, Archivare, Direktorialassistenten, Bibliothekarinnen und der Restaurator bei den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft und den Universitätslehranstalten, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Künstler und Professoren bei den Universitätslehranstalten, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Chemiker beim Laboratorium für Böhr- und Verbrauchssteuern in Dresden sowie der Chemiker bei der Physiologisch-chemischen Versuchstation, lehrt, soweit er nicht in Klasse 3 vorkommt; die Apotheker bei den Bandesanstalten; die wissenschaftlich gebildeten Assistenten, Administratoren, Adjunkten, Observatoren, Protokolllanten und Sekretäre an den Lehranstalten der Universität und der Technischen Hochschule, der Forstakademie und der Bergakademie, den Botanischen Gärten, den Landwirtschaftlichen Versuchsanstalten, dem Meteorologischen Institute, den Hygienischen Untersuchungsanstalten, den Erzbergwerken und den Steinholzwerkstätten sowie der Subdirektor des Physikalisch-chemischen Instituts der Universität, soweit sie 2400 R. und mehr jährliche Besoldung beziehen; der Malerei-Assistent und die Betriebsassistenten bei der Porzellananstalt; der Agronom; der Bibliothekar und der Direktorialassistent bei der Kunstmuseum zu Dresden; die Regierungsbauamtmänner, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Bauamtsdirektoren und der Hochtechnik bei der Hochbauverwaltung sowie der Bauamtsdirektor bei der Bauabteilung des Ministeriums des Innern; die Forstschafften; der Oberförster; der Geodatenmeister, soweit sie nicht in Klasse 3 vorkommen; die Hüttenmeister und die Hüttenmeister; die wissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelställe; die Oberzollinspektoren; der Universitätsrichter und der Universitätsrat; die Finanz- und Handelsräte; die Polizei- und die Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post- und Steuerdirektion, dem Repräsentationsbüro, der Polizei- und Polizeikommission; die Stempelstalle; die Oberzollinspektoren; der Vorstand der Delegation Sardinia; die Hiltzbarbeiter bei den Ministerien, dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, den Kreis- und Amtshauptmannschaften und dem "Dresdner Journal" sowie die Juristischen Hilfsarbeiter bei den Staatsbahnen, der Post- und Steuerdirektion, dem Kreis- und Amtssteuerbüro, der Post

Das Brutto und das Netto des Staats der Bischöfe verteilen sich mit 92 642 M. Einnahmen und 44 349 151 M. Ausgaben, wobei 44 256 801 M. Bischöf auf allgemeine Staatsbedürfnisse (einschließlich Vergütung und Tilgung der Staatschulden), 2694 M. Einnahmen und 462 449 M. Ausgaben, wobei 449 755 M. Bischöf auf das Gesamtministerium nebst Dependenzen, 9 209 600 M. Einnahmen und 13 813 810 M. Ausgaben, wobei 4 604 810 M. Bischöf auf das Departement der Justiz, 4 747 880 M. Einnahmen und 20 453 554 M. Ausgaben, wobei 15 705 684 M. Bischöf auf das Departement des Innern, 879 672 M. Einnahmen und 9 442 442 M. Ausgaben, wobei 8 562 770 M. Bischöf auf das Departement der Finanzen, 1467 822 M. Einnahmen und 20 071 045 M. Ausgaben, wobei 8 603 363 M. Bischöf auf das Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts, 50 M. Einnahmen und 165 670 M. Ausgaben, wobei 165 620 M. Bischöf auf das Departement des Auswärtigen, 42 672 100 M. Einnahmen und 42 716 650 M. Ausgaben, wobei 42 650 M. Bischöf auf Ausgaben zu Reichszwecken, 6300 M. Einnahmen und 671 630 M. Ausgaben, wobei 671 630 M. Bischöf auf den Pensionenstaat, 2 735 668 M. Ausgaben aus Dotations- und Reservefonds. Zu den Ausgaben des Staats der Bischöfe treten indessen für den Fall der Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Beamten noch 2 872 847 M. an Wohnungsgeldzuschüssen hinzu, die im Etat der Bischöfe ebenso wie im Etat der Leibeskräfte für dieselbe in einem eigenen Kapitel eingestellt worden sind.

Der ordentliche Staatshaushalt-Etat für die Finanzperiode 1901/1902 begünstigte keine Roheinnahmen und die davon zu bestreitenden Ausgaben auf 266 915 529 M. oder die Überschüsse des Staats der Leibeskräfte und die Bischöfe des Staats der Bischöfe auf je 92 198 539 M. jährlich. Im Vergleich zum Boretat schlägt somach der neue Etat eine Steigerung von je 68 464 418 M. im Brutto und von je 11 512 332 M. im Netto in sich.

Bon den Roheinnahmen aus Steuern und Abgaben entfallen 58 910 800 M. auf die bei Kap. 20 eingestellten direkten Steuern, — ein Betrag, der sich versteht einschließlich eines für die Finanzperiode 1902/1903 in Aussicht genommenen 50prozentigen Zuschlags zur Einkommensteuer. Um ein klares Bild über die Lage des Staats zu gewinnen, muß man sich deshalb, wie in den allgemeinen Erläuterungen zum Staatshaushalt-Etat bestimmt wird, vergegenwärtigen, wie sich das Verhältnis der gesamten Einnahmen zu den gesamten Ausgaben ohne diesen Zuschlag gestalten würde. Hierzu würden ohne einen solchen Zuschlag, der für Kap. 20 die Einnahmen um 16 914 000 M. die Ausgaben um 225 000 M. erhöht, bei diesem Kapitel die Einnahmen 41 996 800 M. (58 910 800 M. — 16 914 000 M.), die auf 3 423 295 M. veranschlagten Ausgaben 3 198 295 M. (3 423 295 M. — 225 000 M.) und demzufolge die Einnahmen des Gesamtetats 316 455 947 M. (333 369 947 M. — 16 914 000 M.), die Ausgaben des Gesamtetats 333 144 947 M. (333 369 947 M. — 225 000 M.) beitragen und somit die Gesamteinnahmen um 16 689 000 M. gegen die Gesamtausgaben zurückstehen.

Die Bedeutung dieses Zuschlags hat gemäß Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes, die direkten Steuern betreffend, vom 3. Juli 1878 durch Beschluß zur Einkommensteuer zu erfolgen. Ein 10prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer ergibt einen Bruttoertrag von rund 3 382 800 M., wovon jedoch wegen der infolgedessen erforderlichen Verhöhung an Einnahmengeschätzten rund 45 000 M. abzurunden sind, sodass nur ein Nettoertrag von 3 337 800 M. verbleibt. Zur Ausgleichung des berechneten Zuschlags macht sich daher das Bischöfche eines 10prozentigen Zuschlags, also ein Schätzauflauf von 50 Prozent erforderlich, wie er in den Etat eingestellt ist. Durch diesen Zuschlag erhöhen sich die gesamten Einnahmen der beiden Abteilungen des ordentlichen Staats ebenso wie die gesamten Ausgaben auf 333 369 947 M.

Bon dem zu erwartenden Bruttoertrag an Leibeskräften entfällt, abgesehen von den direkten Steuern, der größte Teil auf das Steinkohlenwerk zu Gauderode und die Einnahmen der allgemeinen Kostenverwaltung, während die fiktionalen Erzbergwerke in Freiberg zwar nur mit einem erheblich niedrigeren Zuschlag haben eingesetzt werden können, in Höhe dieses Betrags aber ebenfalls eine Besserung des Staats der Leibeskräfte ergeben. Im Etat der Bischöfe machen sich Wehrauswendungen, die besonders ins Gewicht fallen, namentlich erforderlich zur Vergütung und Tilgung der Staatschulden, für die Landgerichte, Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften, die Kreis- und Amtshauptmannschaften, die landwirtschaftlichen, gewerblichen und handels-Schulen sowie die allgemeinen Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe, die Landesanstalten, die Straßen- und Wasserbauverwaltung, die Seminare, die Volksschulen und den Reservefond (zur Ausgleichung).

Ganz wesentlich niedriger sind nur die Staatseisenbahnen einzustellen gewesen.

In den außerordentlichen Staatshaushalt-Etat sind, vorbehaltlich der nachträglichen Erhöhung um den zur Zeit noch nicht zu bestimmenden Aufwandsbetrag für den projektierten Eisenbahnneubau Königswalde—Annaberg, 70 278 560 M. (darunter 7 035 100 M. Nachpostulate und 28 791 300 M. zweite und spätere Bauten) eingestellt worden, wobei es auch diesmal unvermeidlich gewesen ist, Ausgaben für unproduktiven Zwecken dienende Bauten, für die zum Teile Bauten bereits in den vorhergehenden Staatshaushalt-Etats eingestellt gewesen sind, in den außerordentlichen Etat zu verweisen, da andernfalls der in Aussicht genommene 50prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Staats nicht ausgereicht haben würde.

Bon der Gesambedarfssumme an 70 278 560 M. entfallen 3 450 000 M. auf das Departement der Justiz, 10 106 700 M. auf das des Innern, 5 154 960 M. auf das des Kultus und öffentlichen Unterrichts und 51 566 900 M. auf das der Finanzen. Von dem Gesamtbetrag sind bestimmt 8 699 700 M. für Eisenbahnneubauten, 18 911 660 M. für andere Neubauten und Umbauten, und zwar 3 450 000 M. im Justizdepartement, 10 106 700 M. im Departement des Innern, 5 154 960 M. im Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts und 200 000 M. im Finanzdepartement, jener 40 377 700 M. für Herstellungen an den bereits bestehenden Eisenbahnen und 2 289 500 M. zur Vermehrung der Eisenbahntriebmittel.

Zur Bedeutung des außerordentlichen Bedarfs dient zunächst der rechnungsmäßige Zuschlagsüberschuss beim ordentlichen Staatshaushalt-Etat für 1898/1899 in Höhe von 11 374 376 M. 94 Pf. Der hierdurch nicht aufgedeckte Betrag ist aus den verfügbaren Mitteln des beweglichen Staatsvermögens zu bedenken, die, soweit nötig, durch eine Anleihe zu verstärken sein werden.

Was den Inhalt des ordentlichen Staatshaushalt-Etats in seinen Einzelheiten anlangt, so weist dieser eine Rettung u. a. insofern auf, als entsprechend einer den Städten erteilten Sicherung unterwegs der zeitlicher den Finanzdepotsationen der Kammer von der Staatsregierung mitgeteilten sogenannten Personaleitats im Staatshaushalt-

Etat selbst bei den einzelnen Befolgsdistrikten in der Eräußerungspolitik bewirkt worden ist:

a) welche nicht als Vergütung für Dienstaufwand zu betrachtende Nebenbezüge die unter den einzelnen Titeln eingestellten Beamten neben ihren Befolgsungen aus Staatsmitteln genügen,

b) wie viele der betreffenden Beamten vom Staate gefestigte Dienstwohnungen innehaben, und welche Preise sie dafür entrichten,

c) für den Fall, daß jene Dienstwohnungen vom Staate selbst erst ermittelt sind, wie hoch sich die vom Staate dafür zu gewährenden Rettungen belaufen.

Im Bezug auf die Veranlagungen bei den einzelnen Kapiteln des ordentlichen Staatshaushalt-Etats ist folgendes zu bemerken, wobei noch besonders betont sein möge, daß die Einstellungen im ordentlichen Staatshaushalt-Etat nach Jahren zusammen (jeweiljährig, wie der Etat sich ausdrückt) in der Weise erfolgen, daß bei jedem Etatjahr, möge er auf eine vollzwei-jährige Finanzperiode oder nur auf einen Teil davon, nach Befinden sogar nur auf deren zweites Jahr sich erstrecken, die Hälfte der Gesamtforderung als Jahresumme eingestellt wird, sodass also je jedes der beiden Etatjahre eine gleich hohe Forderungssumme erscheint.

Bei den Forsten (Kap. 1) sind die Einnahmen mit 13 917 600 M. (+ 551 450 M. gegen den Boretat), die Ausgaben mit 5 558 583 M. (+ 619 755 M.), die zu erwirkende Überschuss somach mit 8 559 017 M. (+ 31 695 M.) beziffert. Die vorangestellte Einnahmesteigerung erklärt sich in der Haupthälfte dadurch, daß als Verlustpreis für das festmäterte Verholz nach dem dreijährigen Durchschnitt 16 M. gegen 15 M. 50 Pf. in der Vorperiode haben eingestellt werden können, auch bei den Forstbrennungsungen wesentlich höhere Erträge namentlich in Gestalt von Pachtzinsen für dickeren Dienstländer der Forstbrennungs- und Forstschwämmer sowie aus dem Abbau eines umfangreichen und abbaubarigen Braunkohlenlagers auf Seidenheimer Revier, mit dem bereits im laufenden Jahre begonnen worden ist, zu erwarten sind. Von den Nebenausgaben entfällt ein erheblicher Teil auf Befolgsungen. Bei den Oberförstmeistern sollen nämlich die Gehälter wieder auf dem früheren Mindestbetrag von 6000 M. (statt der gegenwärtigen 5400 M.) unter gleichzeitiger Erhöhung des jüngsten Höchstbetrages von 7200 M. gebracht werden. Außerdem macht sich die Rettung an den Oberförstmeistern vom 1. Juli 1902 ab nötig, weil von da an der zu großen Oberförstmeisterbezirk Werdau in zwei Bezirke geteilt werden soll, von denen der zweite in Blaues seinen Sitz haben wird. Diese Teilung bedingt zugleich die Neuansetzung eines Forstrentbeamten. Weiter sind auch sonst Neuansetzungen von Beamten geboten, und zwar bei der Forstverwaltung von 2 Forststellen, 1 technischen Hilfsarbeiter, 7 Waldwärtern, 1 Oberförster für das Seidenheimer Braunkohlenwerk und 13 Expedienten, bei der Forsteinrichtungsanstalt von 6 Hilfsarbeiten. Außerdem sollen die gegenwärtig ungünstigen Gehalte der Forstbrennungsbeamten in der Weise erhöht werden, daß sie künftig betragen sollen bei den etatmäßigen Forststellen 2400 bis 3000 M., den technischen Hilfsarbeitern nicht über 2600, durchschnittlich 2400 M., bei den Förstern 1800 bis 2400 M., bei den Hilfsförstern je 1800 M., bei 8 Revierbeamten nicht über 2300, durchschnittlich 1400 M., bei den Waldwärtern 1100 bis 1400 M., bei dem Wegwärter 900 bis 1140 M. Auch bei der Forsteinrichtungsanstalt und der Verwaltung der Unfallversicherung sind Gehaltsverbesserungen vorgesehen, und zwar insofern, als fälschlich der Gehalt des Direktors der Forsteinrichtungsanstalt gleich dem der Oberförstmeister 6000 bis 7200 M., der der etatmäßigen Forststellen 2400 bis 3000 M., der Gehalt des Hilfsarbeiter fortjährigen Forststellen nicht über 2600, durchschnittlich 2400 M. (statt des jetzigen Gehalts von 2200 M.), der Gehalt des Beichters 1800 bis 2200 M. betragen soll. Unter den ländlichen Ausgaben sind es insbesondere die für Forstverbesserungen und für Aufbereitung des Forstproduktes, die einen erhöhten Aufwand bedingen (jetzt + 120 000, direkt + 116 070 M. namentlich infolge des Umstandes, daß sich weitere Erhöhungen der Accordlohnsätze für die aufzubereitenden Holzer nicht gemacht haben).

Bon den Domänen und Initiativen (Kap. 2) wird bei 522 800 M. Einnahmen und 94 550 M. Ausgaben ein Überschuss von 488 310 M. (+ 10 000 M.) erwartet. Für die Kaliwerke (Kap. 3), deren es, nachdem die Werke in Heidelberg, Baumhaus und Trittenhau aufgegangen worden sind, nur noch 5 (in Langfeld, Reutlingen, Hermersdorf, Unterweißenbach und Oberscheibe) gibt, ist ein Überschuss von 28 937 M. (+ 14 187 M. infolge Abminderung der Ausgaben) veranschlagt. Das frühere Kap. 4 (Weinberge und Kellerei) ist ausgestrichen, da der fiktionalen Weinbergwerke eingestellt worden ist. Der Überschuss der Hofapotheke (Kap. 5) ist mit 24 302 M. beziffert (+ 102 M. wegen Erhöhung des Rettungssatzes infolge der Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage). Bei dem Elsterbade (Kap. 6) sind die Einnahmen mit 295 200 M. (+ 27 000 M.), die Ausgaben mit 231 600 M. (+ 24 800 M.) beziffert, sodass sich ein Überschuss von 63 600 M. (+ 2200 M.) ergibt. Unter den Ausgaben erscheint neu ein solcher, der die Überweisung von 8000 M. an einen Reservefond vorsieht, der gebildet werden soll, um auch solche Ausgaben bestreiten zu können, die im Laufe der Finanzperiode im Interesse der Betriebssicherheit notwendig werden oder dazu bestimmt sind, der gestiegenen Konkurrenz anderer Böden durch rechtzeitige Befriedigung unerwarteter bevorstehender Bedarfssätze und berechtigter Wünsche der Badegäste rascher und leichter gerecht zu werden, als dies jetzt möglich ist.

Bon der „Leipziger Zeitung“ (Kap. 7) wird diesmal ein Überschuss von 3950 M. statt des im Boretat auf 27 200 M. bestandenen Zuschusses, mithin ein um 31 150 M. höherer Betriebsergebnis erwartet, was sich hauptsächlich dadurch erklärt, daß die Einnahmen an Eintrittsgebühren wesentlich gestiegen sind, nachdem die letzteren eine Erhöhung erfahren haben, auch alle Inserationskosten-Befreiungen wegfallen sind. Die zeitliche Einrichtung, wonach die obere Leitung des Blattes einem Mitglied der Kreishauptmannschaft Leipzig übertragen war, ist bestätigt worden. Am Stelle des letzteren ist ein etatmäßiger Beamter als oberster Leiter der Zeitung getreten.

Bei der Porzellananufaktur (Kap. 8) sind die Einnahmen mit 1 468 500 M. (— 11 500 M.), die Ausgaben mit 1 307 500 M. (— 18 650 M.) veranschlagt, sodass sich ein Überschuss von 161 000 M. (+ 7150 M.) ergibt. Die Rettungsausgaben entfallen in der Haupthälfte auf die ländlichen Ausgabettitel. Bei den Befolgsungen sind 21 300 M. mehr eingestellt. Abgesehen nämlich von einigen notwendig vertretenden Gehaltsaufstellungen macht sich die Neuansetzung eines Betriebsassistenten mit 2100 bis 2700, durchschnittlich 2400 M., die Umwandlung einer Ergebnisstelle in eine Bureauassistentenstelle mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M. erforderlich; auch sollen 2 Lagergehilfen, 4 Waler und Modelleure und 2 Betriebsassistenten, deren Bezüge zeitlich

aus ländlichen Ausgabettiteln bestreitet werden, die Staatsdienergegenhaft erhalten und daher mit Befolgsungen ausgestattet werden, die betrugen sollen bei den Lagergehilfen und Betriebsassistenten nicht über 1500, durchschnittlich 1300 M., bei den Waler und Modelleuren 3000 bis 3800, durchschnittlich 3450 M.

Für das Steinkohlenwerk zu Gauderode (Kap. 9)

findet die Einnahmen auf 2 935 500 M. (+ 462 800 M.), die Ausgaben auf 2 186 200 M. (+ 356 500 M.) beurteilt, so daß ein Überschuss von 809 300 M. (+ 106 800 M.) verbleibt. Der Verlustpreis ist die Kosten, die im Durchschnitt der letzten drei Jahren 89,17 Pf. (bei 98,40 Pf. i. J. 1900) betrugen hat und im Boretat auf 84 Pf. angenommen war, hat nämlich für die neue Finanzperiode auf 94 Pf. gestiegen werden können, da die Lage des Kohlenmarktes trotz der hohen im allgemeinen ungünstiger gewordenen Geschäftsjahre rechtzeitig bei dieser Schätzung über den Durchschnitt der letzten 2 oder 3 Jahre hinausgehen. Bei den Befolgsungen machen die Wehrauswendungen u. a. insofern erforderlich, als die Gehälter der Obersteiger und des Reviersteigers von 1860 bis 2450, durchschnittlich 2150 M. auf 2000 bis 2600, durchschnittlich 2300 M. erhöht werden sollen, um sie den Gehältern gleicher Beamten bei dem Privatbergbau wenigstens annähernd gleichzustellen, im übrigen aber 2 Steiger mit 1500 bis 1850, durchschnittlich 1675 M. neu angelegt werden müssen. Von dem Wehrbedarf an zivilen Ausgaben fallen hauptsächlich die für den Grubenbetrieb (+ 230 000 M.) sowie für Neuanlagen und Grundstückserwerbungen (+ 50 000 M.) ins Gewicht.

Das frühere Kapitel 10 (Braunkohlenwerk zu Radibisch) ist ausgefallen, da der Betrieb dieses Werkes eingestellt worden ist.

Von den fiktionalen Hüttenwerken bei Freiberg (Kap. 11) wird ein Überschuss von 409 800 M. (— 60 600 M.) erwartet, indem die Einnahmen auf 833 430 M. (— 61 820 M.), die Ausgaben einschließlich eines Dispositionssquantums von 134 000 M. zu Neuanlagen und Grundstückserwerbungen auf 423 930 M. (— 1020 M.) veranschlagt sind. An den Rinderinnahmen sind hauptsächlich die Halbbrüder und die Waldner Schmelzhälfte (— 99 000 M.) beteiligt, was sich namentlich durch die gestiegenen Preise für die zum Betrieb erforderlichen Materialien, insbesondere die höheren Preise für die Brennmaterialien, erklärt. Dagegen lädt sich ein erheblicher Renteintrittsgründ (+ 49 000 M.) namentlich von der Halbbrüder und der Waldner Schmelzhälfte erwartet, und zwar teils infolge vermehrter Produktion von Schmelzhälfte und abermals gestiegener Preise dieser, teils infolge gekündigter Verträge von Rofschäfchen, insbesondere bei der Waldner Schmelzhälfte. Bei den Befolgsungen macht sich eine Rettung u. a. insofern geltend, als die Gehälter der Betriebschemiker (früher Hüttenassistenten) mit 1800 bis 2700, durchschnittlich 2250 M., statt der zeitigen 1800 bis 2700, durchschnittlich 210 M. eingestellt sind. Bezuglich der Fertigung von Betriebserträgen-Lantidem an die Hüttenbeamten, die einen erheblichen Teil ihres gesamten Dienstesumfangs bilden, soll zwar an der geistigen Regelung, wonach die Lantidem nach 1900 M., den technischen Hüttenassistenten nicht über 40 000 M. betragen sollen, aber nicht über 40 000 M. betrachten sollen, festgehalten werden; um indessen den Beamten eine Sicherung gegen einen allzu empfindlichen Rückgang des Lantidembezug zu gewähren, der sich daraus ergibt, daß der Freiberger Bergbau immer mehr zurückgesetzt, infolgedessen aber der Betriebsertrag der Hütten von den nach Menge, Gehalt und Preis gleich schwankenden ausländischen Erzeugnissen, bei deren Verschmelzung jetzt erheblich weniger Gewinn zu erwarten ist als früher, von Jahr zu Jahr abhängig wird, soll ihnen ein nicht pensionsfähiger Mindestbetrag von jährlich 20 000 M. Gesamtantième gewährleistet werden. Für die Finanzperiode 1904/1905 ist eine allgemeine Neuregelung der Befolgsungsverhältnisse der Hüttenbeamten in Aussicht genommen. Mit Neuanlagen in der Finanzperiode 1902/1903 sind u. a. geplant bei der Halbbrüder Schmelzhälfte eine Rettung und Kraftzentrale und eine Betriebsanlage für Erze, bei der Waldner Schmelzhälfte eine Erweiterung der elektrischen Zentrale, bei der Halbbrüder Schmelzhälfte eine Bleiroberpreis mit Zuschüttung.

Für die fiktionalen Erzbergwerke bei Freiberg (Kap. 12) sind die Einnahmen auf 1 322 300 M. die Ausgaben auf 2 719 500 M. veranschlagt, sodass ein Betriebsertrag von 1 397 200 M. zu erwarten steht. Eigentümlich dem Boretat, in dem als Betriebsertragshuf 1 776 000 M. eingestellt waren, bedeutet dies eine Einsparung von 378 800 M., die hauptsächlich durch weitere Einschränkung der Mannschaft herbeigesetzt wird, um die Belegschaften nicht über 2300, durchschnittlich 210 M. eingestellt werden soll, um indessen die Sicherung gegen einen allzu empfindlichen Rückgang des Lantidembezug zu gewähren, der sich daraus ergibt, daß der Freiberger Bergbau immer mehr zurückgesetzt, infolgedessen aber der Betriebsertrag der Hütten von den nach Menge, Gehalt und Preis gleich schwankenden ausländischen Erzeugnissen, bei deren Verschmelzung jetzt erheblich weniger Gewinn zu erwarten ist als früher, von Jahr zu Jahr abhängig wird. Der Betriebsertrag ist erheblich niedriger als der Boretat, der Rettung an den Hüttenbeamten ist daher nicht über 1740 M. zu erwarten, während mit Stationsschäfchen 1600 M. gegen 1740 M. und mit Rofschäfchen 1500 M. gegen 1600 M. gegen Wehrbedarf an Rofschäfchen unter Einschaltung eines Zuschusses zur Rofschäfchen-Z

wurden, die Staats-
mit Bevölkerungen aus-
bei den Lagergehilfen
durchschnittlich 1500 M.,
000 bis 3000, durch-

Bauderode (Kap. 9).
+ 462500 M., die
0 M. bestimmt, so daß
06300 M.) verbleibt.
im Durchschnitt der
Bf. i. J. 1900) be-
angenommen war,
auf 94 % geschränkt
marktes trog der sonst
en Geschäftszweiten es-
den Durchschnitt der
Bei den Bevölkerungen
sofern erforderlich, als
versichert von 1860-
2000 bis 2600, durch-
ren, um sie den Ge-
nbergbau wenigstens
aber 2 Steiger mit
M. neu angestellt
an fachlichen Aus-
betrieb (+ 230 000 M.)
abgaben (+ 50 000 M.)

lenwerk zu Kobisch)
8 Werke eingestellt
verken bei Frei-
von 409 500 M.
hmen auf 883 430 M.
ch eines Disposition-
gen und Gründungs-
20 M.) veranschlagt
aptäglich die Hals-
eigentigen Preise für
höchstzulässige, ins-
sondere die
Dogen-
49 000 M.) nament-
ländner Schweißdau-
ermeister Produktions-
gener Preise dieser,
höchstzulässige, ins-
sondere die
Tantidium nach
aber nicht über-
enden; um indes-
allzu empfindlichen
nen, der sich daraus
nur mehr zurückge-
züglich von den nach-
enden ausländischen
erheblich weniger
Jahr zu Jahr ab-
höchstzulässige Mindest-
zum gewährleistet
in eine allgemeine
der Hüttenbeamten
in der Finanz-
der Halsdrucker
und eine Brille
meißt eine Er-
Halsdrucker Blei-
dt.

te bei Freiberg.
300 M., die Aus-
dab ein Betriebs-
sie steht. Gegenüber
1 776 000 M. ein-
von 378 800 M., die
Wissenschaft herbe-
dahs sie im Laufe der
Mann (gegen 5015
dagegen wird, die
elbst je ungefähr
noch weitere Ab-
bergbau, al-
icht, welche sich nur
erzielen lassen,
etw. alle diejenigen
so wäre zwar an-
d nach anderwärts
och technisch an-
enden alten Mann-
dann der Bergbau
er würde unter den
mentlich somit sie
ist sind, die bitterste
eigene Entschie-
lassen ist. Schaf-
auch auf die be-
heit mit ersteren.
Ausgang der Berg-
eile schwerwiegende
Ablösung des be-
griffen ist, wenig-
neben, weil in den
ren schließlich neue,
gel zu lassen ver-
nd erstaunlicherweise

schlema (Kap. 13)
Wartburg auch dies-
tion und des Ab-
sprese, der aller-
sprece gegenüber-
die Einnahmen
Boretat, mithin um
denen Ausgaben
gegenüberstehen,
zum erstenmale
der allerdings zu-
000 M. betragen
ten Abschreibungen
aber unfehlbarlich
des Bergwerks- und
tte.)

Blauarbeitenwerks in Modum in Norwegen wieder aufgenommen werden müssen, im übrigen aber auch immer noch namhafte Summen für Restaurierungen erforderlich sind, um das insoweit während der Krise Verluste nachzuholen und mit den Fortschritten der Technik Schritt zu halten.

Das Staatliche Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden (Kap. 14) schließt in Einnahme mit 165 100 M. (+ 56 700 M.), in Ausgabe mit 143 030 M. (+ 81 670 M.) und daher mit einem Überschluß von 22 070 M. (- 47 970 M.) ab. Bei den Bevölkerungstiteln erscheint die Stelle eines Maschinenwärters mit 1820 bis 1800, durchschnittlich 1500 M. in Bagag. Bei den fachlichen Ausgabettiteln ist ein solcher für Verluste mit einem Jahresbetrag von 1000 M. eingestellt, damit das Werk in der Lage ist, Neuerungen auf dem Gebiete des Heizungs- und Beleuchtungswesens auszuprägen und für den Betrieb nützbar zu machen.

Bei der Münze (Kap. 15) gleichen sich Einnahmen und Ausgaben mit je 12 950 M. (+ 1950 M.) aus.

Für die Staatsfeuerbahnen (Kap. 16) sind die Einnahmen mit 184 441 000 M. (- 8 464 270 M.), die Ausgaben mit 102 629 580 M. (+ 406 510 M.) veranschlagt, jedoch ein Überschluß von 31 811 420 M. (- 8 870 780 M.) zu erwarten steht. Die Einnahmen verteilen sich mit 40 736 000 M. (- 1 825 000 M.) auf den Personen- und Gepäckverkehr, 78 693 000 M. (- 976 500 M.) auf den Güterverkehr, 4 843 850 M. (- 1 148 010 M.) auf Überlassung von Bahnanlagen und Leistungen zu Gunsten Dritter, 2 856 600 M. (+ 38 890 M.) auf Überlassung von Betriebsmitteln, 6 281 050 M. (- 189 050 M.) auf Errichtung aus Veräußerungen, 2 062 000 M. (+ 185 400 M.) auf verschiedene Einnahmen. Von dem Mehrumsandte entfallen 249 810 M. auf den Titel für Bevölkerungen, bei dem u. a. im Bagag erscheinen 1 technischer Rat bei der Generaldirektion mit 6000 bis 8400, durchschnittlich 7200 M., 1 Eisenbahnschreiber für das Revisionbüro mit 3600 bis 4500, durchschnittlich 4050 M., 6 technische Eisenbahnschreiber mit 3600 bis 4500, durchschnittlich 4050 M. gegen Wegfall von 6 technischen Betriebsstellen, 1 Vorstand für das neue Betriebs-Elektrizitätswerk in Hilbersdorf mit den nämlichen Bezügen, 2 Wagenmeister mit 2400 bis 2800, durchschnittlich 2850 M., 2 Wagenmeister mit 2000 bis 2400, durchschnittlich 2400 M., 6 technische Bureauassistenten I. Klasse (jeither Schreiber genannt) mit 2040 bis 2760, durchschnittlich 2400 M. und 4 technische Bureauassistenten II. Klasse (jeither Rechner) mit 1740 bis 2450, durchschnittlich 2100 M., 2 Wagenmeister 2. Gruppe mit 1740 bis 2460, durchschnittlich 2100 M., 2 Lokomotivführer mit 1860 bis 2760, durchschnittlich 2310 M., 11 Stationsschreiber, 10 Wagentrevisoren und 22 Weichenwärter 1. Klasse mit 1440 bis 1800, durchschnittlich 1620 M., 21 Weichenwärter 1. Klasse und 3 Maschinenwärter 1. Klasse mit 1320 bis 1800, durchschnittlich 1600 M., 42 Fuhrmänner 2. Klasse, 10 Bahntechnischassistenten gegen Wegfall von 10 Schaffnern, 1 Materialaufzüher, 1 Maschinenwärter 2. Klasse und 17 Weichenwärter 2. Klasse unter Einsicht einer Weichenwärterstelle mit 1080 bis 1620, durchschnittlich 1550 M., 8 Packer mit 960 bis 1500, durchschnittlich 1250 M.

Für Gewinnung eines austreichenden technischen Nachweises über das finanzielle Verhältnis des sächsischen Staates zur Bautzna-Reichenberger Privatbahn, von deren Aktienkapitalen an 10 891 060 M. er 10 617 450 M. besitzt, und deren Betrieb er führt, ist für diese Bahn, nachdem die vertragsgemäßige Verpflichtung der Österreichischen Staatsregierung, zu dem von Preßfecht und Sachsen überwundenen Budgets zur 4 prozentigen Begünstigung des Anlagekapitals 78,1 % beizutragen, mit Ablauf des Monats November 1899 erloschen ist, ein eigenes Kapitel (16a) im Staatshaushalt-Etat eingestellt worden. In diesem erscheint als Einnahme die Vergütung für den Betrieb und die Unterhaltung der Bahn nach 90 % (statt der jeherigen 60 %) der Bruttosegnahme mit 820 500 M., während die Ausgaben auf 940 900 M. beziffert sind, sodah der Staat einen Aufschuß von 120 400 M. zu leisten hat, dem indessen die Einnahmen aus dem Allgemeinen Haushalt gegenüberstehen.

Die Bandeslotterie (Kap. 17) schließt in Einnahme mit 45 644 485 M. und in Ausgabe mit 41 879 389 M. und somit mit 4 265 096 M. Überschluß (+ 10 641 M.) ab. Bei den Bevölkerungstiteln erscheinen u. a. 2100 M. Durchschnittsgehalt für einen neu anzustellenden Bureauassistenten im Bagag.

Bei der Posttelegraphen (Kap. 18) werden 420 000 M. Einnahmen und 21 590 M. Ausgaben und somit 398 410 M. Überschluß (+ 2100 M.) erwartet. Bei dem Beamtenpersonal ist die Stelle eines laufmännischen Korrespondenten mit 1800 bis 3600, durchschnittlich 2700 M. neu hinzugekommen, da die Vermehrung und die Eigenart der Posttelegraphenklasse zu erlebenden Geschäften die Anstellung einer mit laufmännischer Vorbildung ausgestatteten Arbeitsträger erforderten.

Als Einnahmen der allgemeinen Rassenverwaltung (Kap. 19) sind 1 880 589 M. (+ 294 580 M.) infolge Vermehrung der zinstragenden Bestände eingestellt.

Bei den direkten Steuern (Kap. 20) sind die Einnahmen auf 55 910 800 M. (+ 18 083 000 M.) veranschlagt,

wovon auf die Grundsteuer 4 186 200 M. (+ 294 900 M.), die Einkommensteuer 50 742 000 M. (+ 17 791 200 M. einschließlich eines in der Finanzperiode 1902/1903 zur Erhebung zu bringenden 60 prozentigen Aufschlags), die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umlaufbereich 230 000 M., den Urfundkempel und die Erbschaftsteuer 3 600 000 M. und auf sonstige Einnahmen 168 600 M. (- 310 M.) entfallen. Die Ausgaben sind mit 3 423 295 M. (+ 311 055 M.) beziffert, sodah sich ein Überschluß von 55 487 505 M. (+ 17 771 945 M.) ergibt. Bei dem Beamtenpersonal machen sich wichtige Veränderungen notwendig, indem neu angestellt werden sollen 1 dritter Stempelhöfle mit 4500 bis 5700, durchschnittlich 5100 M., 1 zweiter Diener bei dem freisteuereidlichen Amt in Dresden mit 1800 bis 1800, durchschnittlich 1450 M. und 360 M. Entschädigung für Wohnung, Heizung und Beleuchtung, bei der Bezirksteuerverwaltung 12 Schreiber mit 2400 bis 3600, durchschnittlich 3000 M. und 8 Bureauassistenten mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M. unter gleichzeitigen Wegfällen eines Postredenzbeamten mit durchschnittlich 2000 M., bei der Centralstelle für Steuervermessung 1 Zeichner mit 1800 bis 2400, durchschnittlich 2100 M. Bei dem Bauteil sind 100 000 M. mit eingestellt für den Bau eines Dienstgebäudes für den Kreisfreistaat und die Bezirksteuer- einnahme zu Chemnitz, der im Laufe der Finanzperiode 1902/1903 begonnen und in der folgenden Finanzperiode zu Ende geführt werden soll.

Bei den Büßen und Verbrauchssteuern (Kap. 21) werden 9 553 460 M. Einnahmen (+ 482 188 M.) und 8 148 480 M. Ausgaben (+ 481 930 M.), mithin 4 895 030 M. Überschluß (+ 228 M.) erwartet. Die Einnahmen verteilen sich mit 3 634 519 M. (+ 201 176 M.) auf Vergütungen für Er-

hebung und Verwaltung der Reichsteuern, 5 664 704 M. Schlachsteuer nebst Übergangsbetrag und Verbrauchsabgabe von Fleischwert (+ 158 346 M.) und 249 487 M. auf sonstige Einnahmen (+ 71 638 M.). Bei den Bevölkerungstiteln machen sich vielseitige Neuerungen geltend. So sollen bei der Post- und Steuer-Direktion 1 Rat mit 6000 bis 8400, durchschnittlich 7200 M. und 1 Rechnungskontrollor mit 8900 bis 8400, durchschnittlich 4650 M. neu angestellt werden, dagegen 1 Schreiber und 1 Bureauassistent in Bagag. Die Chemiker des Laboratoriums für Sölle und Verbrauchssteuern in Dresden sind unter einem eigenen Titel und mit erhaltenen Gehältern, nämlich mit 3000 bis 4800, durchschnittlich 3900 M. für den Vorstand und nicht über 3900 M. für die Assistenten einzestellt. Bei dem Hauptamtsleute Chemnitz soll 1 Oberrevisor und 1 Bureauassistent in Bagag mit einem Jahresbetrag von 1000 M. eingestellt, damit das Werk in der Lage ist, Neuerungen auf dem Gebiete des Heizungs- und Beleuchtungswesens auszuprägen und für den Betrieb nützbar zu machen.

Wie sie diese Mitteilungen bringen, mehr den Zwecken des Landtags als jener Blätter dienen.

Für das Stenographische Institut (Kap. 20) werden 47 600 M. (+ 5600 M.) gehoben. Der Mehrbedarf erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß der Gehalt des Vorstandes jährig auf 4800 bis 6000, durchschnittlich 5400 M. statt 4200 bis 5400, durchschnittlich 4800 M. neu angestellt werden, dagegen 1 Schreiber und 1 Bureauassistent im Bagag. Die Chemiker des Laboratoriums für Sölle und Verbrauchssteuern in Dresden sind unter einem eigenen Titel und mit erhaltenen Gehältern, nämlich mit 3000 bis 4800, durchschnittlich 3900 M. für den Vorstand und nicht über 3900 M. für die Assistenten einzestellt. Bei dem Hauptamtsleute Chemnitz soll 1 Oberrevisor und 1 Bureauassistent in Bagag mit einem Jahresbetrag von 1000 M. eingestellt, damit das Werk in der Lage ist, Neuerungen auf dem Gebiete des Heizungs- und Beleuchtungswesens auszuprägen und für den Betrieb nützbar zu machen.

Gesamtministerium und Staatsrat nebst Kanzlei (Kap. 22) erfordert 26 440 M. (+ 930 M.). Der Aufwand für die Kabinettskanzlei (Kap. 23) ist mit 8400 M. (+ 100 M.) der der Oberkanzlei (Kap. 24) mit 89 500 M. wie zeitlich begrenzt.

Das Hauptstaatsarchiv (Kap. 25) erfordert einen Zu-
schuß von 71 370 M. (+ 600 M. weil der erste und der zweite Sekretär um je 300 M. im Gehalt aufzuladen sollen).

Der Aufwand für die Oberrechnungskammer (Kap. 26) ist auf 160 600 M. (+ 26740 M.) veranschlagt. Das Werk entfällt hauptsächlich auf die Bevölkerungstitel. Es soll nämlich die Stelle des ersten Rates in die eines Vize-
präsidenten mit 10 500 bis 12 800 M., durchschnittlich 11 400 M. Gehalt umgewandelt werden; die beiden Räte sollen mit 800 M. im Dienstalter um je 900 M. im Gehalt aufzuladen; außerdem aber erscheinen 5 Revisionsbeamte und 1 Sekretär in Bagag, die infolge des veränderten Bevölkerungsverfahrens im Rechnungswesen der Staats-
eisenbahnenverwaltung nötig geworden und bereits 1901 außerordentlich angestellt worden sind.

Für das Oberverwaltungsgericht (Kap. 26a) erfordert bei 2020 M. Einnahmen und 142 870 M. Ausgaben einen Zu-
schuß von 140 850 M. (+ 57 950 M.). Der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahr erklärt sich in der Haupstache dadurch, daß sich in diesem die Bevölkerungstitel nur auf das zweite Jahr der Finanzperiode beziehen.

Für das Gesetz- und Verordnungsbüro (Kap. 27) ist ein Zu-
schuß von 3695 M. veranschlagt (+ 3060 M. weil für die ländliche Ausgaben statt der im Vorjahr eingesetzten 140 M. nach dem zwölfjährigen Durchschnitt des bisherigen Bedarfs 3200 M. im Anzug zu bringen waren).

Bei dem Justizministerium nebst Kanzlei und Sportsektorialrat (Kap. 28) erscheinen 1400 M. in Einnahme und 291 860 M. im Ausgabe (- 4700 M.), sodah sich ein Zu-
schußbedarf von 289 960 M. (- 4700 M.) ergibt.

Der Winderbedarf erklärt sich in der Haupstache dadurch, daß sich eine transitorische Bewilligung zur Bevölkerung von Hilfs-
arbeiter erledigt hat.

Das Oberlandesgericht und die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgerichte nebst Kanzlei (Kap. 29) erfordern bei 28 100 M. Einnahmen und 588 300 M. Ausgaben (+ 61 060 M.) einen Zu-
schuß von 510 200 M. (+ 61 060 M.). Der Mehrbedarf trifft in der Haupstache die Bevölkerungtitel, bei denen u. a. infolge der neu gewordenen Errichtung eines neuen Justizialen und veränderter Geschäftsführer, mit denen der Oberlandesgericht und die Staatsanwaltschaften nebst Kanzlei und Sportsektorialrat (Kap. 28) erscheinen 1400 M. in Einnahme und 291 860 M. im Ausgabe (- 4700 M.), sodah sich ein Zu-
schußbedarf von 289 960 M. (- 4700 M.) ergibt.

Bei dem Justizdepartement nebst Kanzlei und Sportsektorialrat (Kap. 28) erscheinen 1400 M. in Einnahme und 291 860 M. im Ausgabe (- 4700 M.), sodah sich ein Zu-
schußbedarf von 289 960 M. (- 4700 M.) ergibt.

Die Landgerichte, Amtsgerichte und Staats-
anwaltschaften (Kap. 40) sind die Einnahmen auf 9 180 000 M. (+ 700 000 M. auf Grund der sechsjährigen
Ergebnisse), die Ausgaben auf 12 972 150 M. (- 1 094 620 M.) veranschlagt, sodah sich der Zu-
schußbedarf auf 3 792 150 M. (+ 294 520 M.) berechnet.

Von den Rechtsausgaben entfällt der größte Teil auf die Bevölkerungtitel, bei denen als neu anzustellend in Bagag erscheinen 8 Landgerichtsdirektoren und 15 selbständige Richter mit 6000 bis 8400, durchschnittlich 7200 M., 36 selbständige Richter mit 3600 bis 6000, durchschnittlich 4800 M., 10 Amtsgerichte mit 3000 bis 5100 M. unter gleichzeitigem
Zugestell von 250 000 M. für juristisch beschäftigte Hofs-
arbeiter, 20 Schreiber mit 2400 bis 3600 M., durch-
schnittlich 3000 M., 30 Amtsgerichte (Bureauassistenten) mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M., 30 Expedienten mit nicht über 1600, durchschnittlich 1300 M., 20 Gerichtsvoll-
zieher mit 2100 bis 3000, durchschnittlich 2500 M., 20 Ge-
richtsvollziehergehilfen mit 1800 bis 2100, durch-
schnittlich 2100 M. in Bagag kommen.

Für die Landgerichte, Amtsgerichte und Staats-
anwaltschaften (Kap. 40) sind die Einnahmen auf 9 180 000 M. (+ 700 000 M. auf Grund der sechsjährigen
Ergebnisse), die Ausgaben auf 12 972 150 M. (- 1 094 620 M.) veranschlagt, sodah sich der Zu-
schußbedarf auf 3 792 150 M. (+ 294 520 M.) berechnet.

Als Civilliste Sr. Majestät des Königs sowie für Schatzallendenbüro, ingleichen Garderoben- und Hofstaatzaalgeber für Ihre Majestät die Königin (Kap. 22) sind 3142 800 M. eingestellt wie zeitlich.

Für Apotheken (Kap. 28) machen sich 585 181 M. (- 51 732 M. hauptsächlich infolge Ablebens Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Albert) erforderlich.

Bei den zum König Hausfideleim gehörigen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft (Kap. 24) sind 90 242 M. Einnahmen (- 8371 M.) und 7

bienten mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M., 4 Expedienten mit nicht über 1500, durchschnittlich 1300 M., 2 Diener mit 1300 bis 1600, durchschnittlich 1450 M. und je 350 M. Wohnung-, Heizungs- und Beleuchtungsschädigung und 1 Hilfsdienst mit 1350 M. durchschnittlich.

Der Aufwandsbedarf für die Akademie der bildenden Künste (Kap. 44) ist mit 209 900 gegen 174 790 M. mithin um 35 110 M. höher begriffen. Der Mehrbedarf wird hauptsächlich durch die Zahlung von Pietzsch für ein weiter nötig gewordenes Atelier, durch die Steigerung des Steuern und des Aufwandes für Atelieraufwartung sowie für Heizung, Beleuchtung und Reinigung, im übrigen aber dadurch veranlaßt, daß das Akademiegebäude und das Ausstellungsgebäude an das staatliche Elektrizitäts- und Fernheizwerk angeschlossen werden sollen, was einen Kostenaufwand von ungefähr 84 000 M. verursachen wird.

Für Kunstsiede im allgemeinen (Kap. 44a) sind 181 000 M. (- 9750 M.) eingestellt. Der Winderbedarf ist indessen nur eine Folge des Umstandes, daß einmalige Bewilligungen des Vorstaats in Höhe von 29 750 M. im Wegefall gelommen sind. Als neue Einstellung erscheint eine Jahressumme vom 20 000 M. zur Bildung eines weiteren Fonds für Ankauf von Bildhauerarbeiten, aus dem zur Pflege der Kabinett- und Kleinstplastik von einheimischen Künstlern Bildwerke der freischaffenden Kunst aus echtem und edlem Material erworben werden sollen, für deren Unterbringung die staatlichen Museen und Repräsentationsräume ausreichende Sorgenheit bietet.

Der Aufschuß für das „Dresdner Journal“ (Kap. 45) ist um 8340 M. geringer, nämlich auf 50 800 gegen 59 200 M. veranschlagt worden, weil die Einnahmen aus Einzüchungsbüchern infolge Erhöhung der letzteren und Wegefall aller Inserationslosen-Beteiligungen nicht unwe sentlich höher haben eingestellt werden können.

Für Bekanntmachung des Personenstandes und der Geschlechtung (Kap. 46) machen sich 10 000 M. erforderlich wie zeitlich.

Für die Gendarmeriekantone (Kap. 47) sind als Befol dungsstitel 1 026 844 M. (+ 400 M.) eingestellt. Bei dem Befol dungsstitel ist eine Neuerung infolge eingetreten, als bei den Grenzpolizeikantonen der Mindest- und Durchschnitts gehalt aus dienstlichen Rücksichten abgemindert worden ist. Diese Beamten sollen nämlich künftig nur noch Gehalte von 2700 bis 3300 M. durchschnittlich 3150 M. statt 3000 bis 3900 M. durchschnittlich 3750 M. (neben freier Wohnung) beziehen.

Für die Polizeidirektion zu Dresden (Kap. 48) sind die Einnahmen auf 605 535 M. (+ 70 364 M.), die Ausgaben auf 2 013 700 M. (+ 99 474 M.) begriffen, sodass sich ein Aufschußbedarf von 1 408 165 M. (+ 29 110 M.) ergibt. Ein erheblicher Teil des Mehraufwandes entfällt auf notwendig werdende Personalverstärkungen, indem 1 Sekretär mit durchschnittlich 3000 M., 1 Expedient mit durchschnittlich 1300 M., 1 Diener mit durchschnittlich 1450 M. und 360 M. Wohnung-, Heizungs- und Beleuchtungsschädigung, 6 Kutscher und Pferde wärter mit durchschnittlich 1100 M., 1 Wachtmeister mit durchschnittlich 2300 M., 2 Gefangen aufseher mit durchschnittlich 1450 M., 1 Gefangenauflöserin mit durchschnittlich 1200 M., 1 Polizeiwachmeister mit durchschnittlich 3000 M., 2 Polizeiwachmeister mit durchschnittlich 2300 M. und 17 Gendarmen mit durchschnittlich 1700 M. neu ange stellt werden sollen.

Der Aufwand für Sicherheitspolizei (Kap. 49) ist mit 135 000 M. eingestellt (+ 22 900 M.), weil an anteiligen Kosten für die Leipziger Polizei am 18 000 M., an Schub transportlosen 4000 M. mehr aufzumachen, zu den Herstellung- und Versendungskosten eines als Zentralorgan für die im Deutschen Reich zu Fahndungszwecken zu erlassenden Bekannt machungen erscheinenden Fahndungsbüchtes, das den Kreis- und Amtsgerichtsbehörden, der Prozeßion Sagan, den Polizeiverwaltungen in sämtlichen Städten mit mehr als 3000 Einwohnern, den Grenzpolizeibüroen, sämtlichen Kreisobergendarmen, Obergendarmen und Gendarmen sowie den von den Kreishauptmannschaften besonders bezeichneten Gemeinden unentbehrlich und vorstrebend überliefert wird, von Sachsen gegen 6000 M. jährlich beizutragen sind.

Bei der Frauenklinik und Gebamtenlehranstalt zu Dresden (Kap. 50) sind 59 000 M. Einnahmen (+ 7300 M.) und 221 100 M. Ausgaben (+ 29 700 M.), mithin 162 100 M. Aufschuß (+ 22 400 M.) veranschlagt. Der Mehraufwand entfällt zum Teile auf Stellenvermehrungen, indem vom 1. August 1902 an 1 Oberärztin und 3 Diener mit durchschnittlich 1350 M. neu ange stellt sowie 6 Unter hebammen und Krankenwärterinnen und 1 Expeditions hilfskraft neu angenommen werden müssen. Bei den sächsischen Ausgaben sind u. a. 1000 M. zu außerordentlichen Unter stützungen ic. an das nicht pensionberechtigte Personal bei vollkommenen und von der Anzahl zu vertretenden Weiblern eingesetzt, um dadurch die kostspielige Verlängerung dieses Personals bei einer Unfallversicherungsgesellschaft zu vermeiden.

Für die Haushaltspolizei der Medizinalgebäude (Kap. 51) macht sich ein Aufschuß von 5500 M. (- 255 M.) erforderlich. Das Landesmedizinalinstitut (Kap. 52) bedarf eines sicheren von 63 000 M. (+ 590 M.).

Die hygienischen Untersuchungsanstalten (Kap. 53), d. h. die zentrale für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden und die Untersuchungsanstalt für Naturungs- und Genussmittel und Gebrauchsgegenstände bei dem Hygienischen Institut der Universität Leipzig, erfordern bei 12 020 M. Einnahmen und 67 120 M. Ausgaben einen Aufschuß von 56 100 M. (+ 650 M.).

Für ambulatorische Kliniken sowie Krankenbetten zum Erivate der Kliniken der vormaligen Chirurgisch-medizinischen Akademie (Kap. 54) sind 14 910 M. eingestellt wie zeitlich.

Bei der Kommission für das Veterinärwesen, der Tierärztlichen Hochschule, der Physiologisch-chemischen Versuchsanstalt und dem Physiologischen Institut (Kap. 55) sind die Einnahmen mit 33 800 M., die Ausgaben mit 188 900 M. (+ 26 390 M.) begriffen, sodass ein Aufschuß von 158 103 M. (+ 26 390 M.) in Frage kommt. Ein Teil des Mehraufwandes ist durch die nach Inbetriebnahme des neuen Tierhygienischen Instituts und des Rothauses erforderlich werdende Neuansetzung eines Professors für Seuchenforschung und Tierhygiene, eines klinischen Assistents und eines Schweizers mit dem nötigen Hilfspersonale für den neuen Rothaus sowie durch die infolge der allgemeinen Geschäftsausweitung gebotene Neuansetzung von 2 Dienern mit durchschnittlich 1350 M. bedingt.

Für Medizinal- und Veterinärpolizei (Kap. 56) ist ein Aufschuß von 448 200 M. (+ 7430 M.) veranschlagt. Der Mehraufwand wird zu einem nicht unwe sentlichen Teile durch die gestiegene Beihilfen zu den Nebenkostunter stützungen an Gebamten veranlaßt, die bereits gegen 29 000 M. jährlich betragen.

Der Aufwand für die staatliche Schlachtvieh versicherung (Kap. 56a) ist mit 303 800 M. (+ 16 490 M.) begriffen, wovon 250 000 M. (+ 240 000 M.) als Staatszuschuß zu den Entschädigungen in Ansatz gekommen sind. Für

Ervabitionsbeamte, deren im Etat für 1901/1902 vorgesehene Zahl sich gegenüber dem Umfang der Geschäfte auch nicht ausdehnt als ausreichend erwiesen hat, sind 14 800 M. mehr eingestellt, die sich auf 1 Sekretär, 2 Bureauassistenten und 6 Expedienten verteilen, um die das Personal teils außerstamdig bereits hat verstärkt werden müssen, teils noch zu verstärken ist.

Für das Vandarmenwesen (Kap. 57) werden 850 000 M. (+ 50 000 M. nach den letzten Rechnungsergebnissen) gefordert.

Für Krankenpflege und sonstige Ausgaben im öffentlichen Interesse (Kap. 58) sind 142 805 M. (- 47 000 M.) eingestellt. Der Winderbedarf erklärt sich dadurch, daß das Akademiegebäude und das Ausstellungsgebäude an das staatliche Elektrizitäts- und Fernheizwerk angeschlossen werden sollen, was einen Kostenaufwand von ungefähr 84 000 M. verursachen wird.

Für Kunstsiede im allgemeinen (Kap. 44a) sind 181 000 M. (- 9750 M.) eingestellt. Der Winderbedarf ist indessen nur eine Folge des Umstandes, daß einmalige Bewilligungen des Vorstaats in Höhe von 29 750 M. im Wegefall gelommen sind. Als neue Einstellung erscheint eine Jahressumme vom 20 000 M. zur Bildung eines weiteren Fonds für Ankauf von Bildhauerarbeiten, aus dem zur Pflege der Kabinett- und Kleinstplastik von einheimischen Künstlern Bildwerke der freischaffenden Kunst aus echtem und edlem Material erworben werden sollen, für deren Unterbringung die staatlichen Museen und Repräsentationsräume ausreichende Sorgenheit bietet.

Für den Aufwand für Grenzregulierungen (Kap. 58a) ist mit 10 000 M. begriffen wie zeitlich.

Die Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, die Kunsgewerbeschule mit Büroschule und Kunsgewerbe museum zu Dresden sowie die Industrie schule zu Plauen (Kap. 59) erfordern bei 26 600 M. Einnahmen und 438 400 M. Ausgaben einen Aufschuß von 409 800 M. (- 7908 M.), weil mehrere einmalige Bewilligungen weggefallen sind, während andererseits auch Ausgabensteigerungen sich erforderlich machen). Das Ergebnißpersonal muß um 1 Sekretär mit 3000 M. Durchschnittsgehalt verhälft, ebenso muß 1 Diener mit durchschnittlich 1350 M. Gehalt und bei der Büroschule zu Plauen ein zweiter Oberstudierender mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 1950 M. neu ange stellt werden.

Für den Technischen Staatslehranstalten (Kap. 59a) sind 57 750 M. Einnahmen (+ 3000 M.) und 438 750 M. Ausgaben (+ 30 900 M.) vorgesehen, sodass sich ein Aufschußbedarf von 291 000 M. (+ 27 900 M.) ergibt. Bei dem Befol dungsstitel erscheinen 1 weitere Lehrerstelle mit 4400 M., ein dritter Techniker und eine zweite Hilfskraft für Elektrotechnik mit 1450 M. und 1 zweiter Hilfsdienst mit 1100 M. durchschnittlich in Zugang.

Für Betriebe einer Prüfungskommission (Kap. 59b, neu) ist erstmals ein Aufschußgehalt von 20 000 M. eingestellt. Nach §§ 12 und 18 des Gesetzes, betreffend die elektrische Maschinen, vom 1. Juni 1898 ist nämlich von 1. Januar 1902 an erforderlich, daß bei der gewerbsmäßigen Abgabe elektrischer Arbeit unterschlagende Werkgeräte sich bedienen. Es muß deshalb den mit der Abgabe elektrischer Arbeit sich befassenden Unternehmen durch Errichtung von weiteren Prüfungsstellen geeignete Gelegenheit geboten werden, die zu verwendenden Werkgeräte auf ihre Richtigkeit amlich prüfen und beglaubigen zu lassen. Eine solche Prüfungsstelle soll in Chemnitz in Verbindung mit den dortigen Technischen Staatslehranstalten errichtet werden. Für die Baugewerkschulen zu Dresden, Leipzig, Plauen i. B. und Bittau mit Zielbauküche in Bittau (Kap. 59c, bisher 59d) sind 178 820 M. gegen 171 136 M., mithin 7684 M. mehr als Aufschuß vorgesehen. Der Winderbedarf würde sich noch höher begriffen, wenn nicht eine erheblichere Bewilligung des Vorstaats für einmalige außergewöhnliche Ausgaben weggefallen wäre. Da es in anderen Staaten den Lehrlingen der Baugewerkschulen gebotenen Gehalte nicht unerheblich die zeitlich in Sachen bewilligten übersteigen, sollen, damit ferner noch tüchtige Lehrlinge erhalten und gewonnen werden können, die Gehalte bei den Lehrstellen mit Winterklausen um je 200 M. und bei den Stellen mit Sommer- und Winterklausen um je 300 M. erhöht werden. Außerdem macht sich bei den steigenden Frequenzen die Neuerrichtung einer Lehrstelle mit durchschnittlich 3500 M. erforderlich.

Für landwirtschaftliche, gewerbliche und Handels schulen sowie zu allgemeinen Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe (Kap. 60) sind 1 014 100 M. gegen 867 800 M., mithin 146 220 M. mehr als Aufschuß vorgesehen. Der Winderbedarf würde sich noch höher begriffen, wenn nicht eine erheblichere Bewilligung des Vorstaats für einmalige außergewöhnliche Ausgaben weggefallen wäre. Da es in anderen Staaten den Lehrlingen der Baugewerkschulen gebotenen Gehalte nicht unerheblich die zeitlich in Sachen bewilligten übersteigen, sollen, damit ferner noch tüchtige Lehrlinge erhalten und gewonnen werden können, die Gehalte bei den Lehrstellen mit Winterklausen um je 200 M. und bei den Stellen mit Sommer- und Winterklausen um je 300 M. erhöht werden. Außerdem macht sich bei den steigenden Frequenzen die Neuerrichtung einer Lehrstelle mit durchschnittlich 3500 M. erforderlich.

Für landwirtschaftliche, gewerbliche und Handels schulen sowie zu allgemeinen Ausgaben für Landwirtschaft und Gewerbe (Kap. 60) sind 1 014 100 M. gegen 867 800 M., mithin 146 220 M. mehr als Aufschuß vorgesehen. Der Winderbedarf würde sich noch höher begriffen, wenn nicht eine erheblichere Bewilligung des Vorstaats für einmalige außergewöhnliche Ausgaben weggefallen wäre. Da es in anderen Staaten den Lehrlingen der Baugewerkschulen gebotenen Gehalte nicht unerheblich die zeitlich in Sachen bewilligten übersteigen, sollen, damit ferner noch tüchtige Lehrlinge erhalten und gewonnen werden können, die Gehalte bei den Lehrstellen mit Winterklausen um je 200 M. und bei den Stellen mit Sommer- und Winterklausen um je 300 M. erhöht werden. Außerdem macht sich bei den steigenden Frequenzen die Neuerrichtung einer Lehrstelle mit durchschnittlich 3500 M. erforderlich.

Für die Landesmedizinalinstitute zu Moritzburg und Königsbrück (Blindenanstalt) sind 188 800 M. (+ 3500), Großschweidnitz 25 100 M. (+ 250 400), Hubertusburg 597 800 M. (+ 11 900), Tolkewitz 258 100 M. (+ 3600), Döhlwein 394 300 M. (+ 48 200), Bautzen (Krankenhaus) 71 700 (+ 6700) M., von den Erziehungsanstalten Dresden mit Moritzburg und Königsbrück (Blindenanstalt) 188 800 M. (+ 3500), Großhennersdorf 107 300 M. (+ 18 100), Röthen 73 300 M. (+ 14 600), Chemnitz, wo vorerst nur einzelne geringfügige Ausgaben in Frage kommen können, 4400 M. (+ 4400), Bründorf 65 200 M. (+ 7800) M., von den Straf- und Korrektionsanstalten Waldheim 439 250 M. (+ 11 170), Bautzen 243 250 M. (+ 4930), Göhrendorf 196 300 M. (+ 820), Bautzen 119 150 M. (+ 119 150), Sachsenburg 91 500 M. (+ 10 700), Voigtsberg 74 400 M. (+ 4000), Grünbach 34 400 M. (+ 9600), Hohenstein mit Radeberg 115 700 M. (+ 12 080) M. Von dem Mehraufwande entfällt ein erheblicher Teil auf die Bevölkerung, indem angelehen von notwendigen Gehaltsänderungen bei den einzelnen Anstalten insgesamt 197 neue Stellen in Zugang kommen, bei der Baudirektion 1 Bauinspektor mit 6100 M., 1 Bauamtsarchitekt mit 3000 M., 2 Bauaufseher mit 2400 M. und 1 Sekretär mit 3000 M. statt des jetzigen Bureauassistenten neu vorgesehen, im allgemeinen Interesse der Anstalten aber Befol dungsstellen mit 12 000 M. neu eingestellt sind, um die Möglichkeit zu bieten, juristische Hilfsarbeiten im Verwaltungsdienste einzuhängen. Die Anstalten sind 12 000 M. neu eingestellt und die Befol dungsstellen mit 12 000 M. neu eingestellt. Bei dem Befol dungsstitel erhält sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M. (+ 1200 M.) auf Ausgaben für Bevölkerungskontrolle mit 500 M. (- 350 M.), auf einmalige außergewöhnliche Ausgaben mit 500 250 M., während die Ausgaben leistungster Art in der Befol dungszeit im außerordentlichen Staatshausbau-Etat eingestellt waren. Bei den einzelnen Anstalten gestaltet sich das Aufschußbedarf so, daß in Auftritt nehmen von den Heil- und Pflegestaffeln mit 11 700 M. (+ 1170 M.) und 12 000 M.

lungen sowie zu jungen (Kap. 65) von einer an den Staatsschulden mit 123 700 M. das sich ein Ju- erlich macht. In Staatsschulden er- land mit 3300, 1800 und 1 Ge- werden sollen. Das Staatsschul- sind 22 806 M.

Deputation

erierung (Kap. 68) Die Kosten der betriebsverfassung mit 38 000 M. 1. Januar 1901 der bisherigen Kustodie Schles- aber sich so ge- vorspringen nicht

(Kap. 69) sind eingeschlagen. Neu ein- M. für statische Regelempfehlungen wegen em- auswands auch sind die Ein- die Ausgaben schaft mithin auf. Der Buschuh- folgenstalten mit rechnungsstellen, rechnungsanstalt ist 388 600 M. anfallen, bei 64 450 M.), auf 1300 M.), auf 1. (— 350 M.), mit 800 250 M., Vorperiode im geschafft waren. Buschuhbedarf, Untergrößlich (+ 24 600), Hubertusburg 3610), Hoch- (Kronenstadt) städte Dresden (Anhalt) 133 800 18 100), Rossen eingelangt gering, 4400 (+ 4400), Straß- und Kor- 170), Zwiedau 820), Baunen 10 700), Voigts- 9600), Hohenstein 10000), Wehranwärter sind abgesehen von 5400, durch die Möglichkeit verwaltungsdienste und dem Ge- en verschiedenen für Ve- Pfleg- (Kap. 70) auf die Die einmaligen 20 250 M. sind des Hörtischen die Erbauung und ruhige bei der Anzahl mit Inventar- tes mit Poren- die Errichtung ed Daches des n (279 250 M.), engen auf den (27 500 M.), elektrischen Be- 61 500 M.) bei der Anzahl

Rüstungs- den Kosten und (Kap. 71), eben bei dem 5000 M. ein-

mittelbaren Buschuh von en kommen in ingenieuren mit wie die 1 Re- durchschnittlich Kastnermeister ins Finanzhaupt- gungsbüro, Poli- nzungsbüro, — Aufwendungen, die in der Vorperiode in den außerordentlichen Etat verweisen worden waren.

Bei der Hochbauverwaltung (Kap. 80) erscheinen 300 020 M. in Einnahme (+ 300 000 M.) und 824 730 M. (+ 229 570 M.) in Ausgabe, sodass sich ein Buschuhbedarf von 524 710 M. (— 7450 M.) ergibt. Nach einer von der letzten Ständeversammlung gegebenen Voreitung sollen nämlich die persönlichen Ausgaben für technische Hilfsarbeiter, die bei Ausführung von Bauten verwendet werden, bei diesem Kapitel verschrieben werden. Das bedingt aber zugleich, dass auch die anderen bei den Bauten entstehenden besonderen Ausgaben (Bauzulagen für die Beamten, Tagelieder, Schreiber und Ausmusterleute, Geschäftsaufwand, Kosten der Erbauung und Errichtung von Bauwerken) ebenso behandelt werden. Soweit indessen derartige Ausgaben bei den dem außerordentlichen Staatshaushalt Etat zugewiesenen Bauten entstehen, würde mit deren Übernahme auf Kap. 80 eine ungerechtfertigte Belastung des ordentlichen zu Gunsten des außerordentlichen Etats herbeigeführt werden. Zur Vermeidung einer solchen sollen daher die entsprechenden Summen dem ordentlichen Etat aus dem außerordentlichen wieder zugesetzt werden, — ein Verfahren, wie es bereits seit geraumer Zeit und im Einverständnis

bis 4800, durchschnittlich 4200 M. für die Buchhalter beim Buchalte eingestellt.

Der Buschuh für die Verwaltung der Staats- schulden (Kap. 74) ist auf 153 960 M. (+ 3200 M.) beziffert.

Der Große Garten (Kap. 75) erfordert bei 54 972 M. Einnahmen (— 2101 M. weil die Bausätze für den Palais- schloss, den Carolas, und die Gartenvorwärts am vorherigen Thore haben herabgesetzt werden müssen) und 127 942 M. Ausgaben (— 8541 M.) einen Buschuh von 72 970 M. (— 6440 M.). Bei dem Betrieb und Expeditionspersonal soll die Stelle des jeweils Expeditionsleiters mit durchschnittlich 840 M. in die eines gartentechnisch vorgebildeten Gartenedexpedienten mit nicht über 1800, durchschnittlich 1300 M. umgewandelt werden. Als einmalige außergewöhnliche Ausgaben zu Bauausführungen und sonstigen Anlagen sind 9600 M. eingeschlagen, die zur Erweiterung des Wasserleitungsröhrenes der Gartenvorwärts, zu Bodenmauerungen entlang der verlängerten Tiergartenstraße zwischen Palaisstraße und Karls-Alex., Herstellung von Eisenketten längs einer Grenze und einer Strecke der Ostgrenze an der Karls-Alex. sowie zu Anpflanzung einer lebenden Hecke dazwischen und zur Beschaffung einer Centralheizungsanlage an Stelle der damaligen seufzerähnlichen Thontafelheizungen im Orangeriehaus und im anliegenden Warmhouse verwandelt werden sollen.

Für die Hofakademie zu Tharandt (Kap. 76) sind die Einnahmen mit 14 500 M. (— 1900 M. wegen Belohnung des Akademiebesuches für Staatsforstbeamte-Akpiranten), die Ausgaben auf 77 900 M. (+ 2500 M.) veranschlagt, sodass sich ein Buschuh von 77 900 M. (+ 3800 M.) herausrechnet.

Bei der Bergakademie zu Freiberg (Kap. 77) sind 41 300 M. Einnahmen (+ 7860 M.) und 125 260 M. Ausgaben (— 5470 M.) mitin 83 960 M. Buschuh (— 1330 M.) veranschlagt. Der Rinderbedarf erklärt sich, abgesehen von der Einnahmehöherlegung, hauptsächlich dadurch, dass eine erhebliche einmalige Bewilligung des Vorrats für Baumwolle in Weißfahl gekommen ist. Bei der Mineralienabteilung soll zur Unterstützung des Faktors noch ein fachwissenschaftlich gebildeter Assistent mit 2000 M. angeholt, bei dem Personale des Bergmutterbeamten soll die jewige Expeditionsstelle mit durchschnittlich 1300 M. in eine Bureauassistentenstelle mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M. umgewandelt werden.

Zu allgemeinen Ausgaben für den Bergbau (Kap. 77a), bei dem u. a. auch die Grubenfeldsteuer — auf 10 000 M. veranschlagt — und die Schifffahrtssteuer — auf 150 M. beziffert — mit zur Berechnung kommen wird ein Buschuh von 269 645 M. (— 10070 M.) gefordert. Der Rinderbedarf erklärt sich in der Hauptstelle dadurch, dass eine transitorische Einrichtung mit 2000 M. angeholt, bei dem Personale des Bergmutterbeamten soll die jewige Expeditionsstelle mit durchschnittlich 1300 M. in eine Bureauassistentenstelle mit 1600 bis 2400, durchschnittlich 2000 M. umgewandelt werden.

Bei der Land-, Bandes- und Alterorienten- bank (Kap. 78) sind 80 000 M. Einnahmen und 181 060 M. Ausgaben, mithin 101 055 M. Buschuh (— 450 M.) eingeschlagen.

Die Straßen- und Wasserbauverwaltung (Kap. 79) erfordert bei 353 400 M. Einnahmen (— 18 900 M.), die sich aus 145 000 M. Oberläufen, 14 000 M. Holzleinen und sonstigen Einnahmen aus den Baum- und anderen Pflanzungen, 12 000 M. Pachtgeldern, Begeigungsgebern, Kanonen, Blas- und Metzgern von Gewässern der Straßenbauverwaltung, 25 000 M. Kohlengewinnanteilen, 3200 M. Fischfangzulizenzen, 108 000 M. Ausgaben von Grundstücken, Wasser- und Uferdämmen der Elbe und anderen natürlichen Wasserläufen, 21 500 M. Ausgaben von den Elbwinterhöfen, 65 000 M. Ausgaben vom Gold-Elberwerder Kanale, 1700 M. sonstigen Ausgaben der Straßenbauverwaltung, 1991 M. Fahrschulzulizenzen, 2700 M. Straßengeldern, 7700 M. für Verleihung von Maschinen, Fahrzeugen und Gerätschaften und für deren Benutzung im Interesse Dritter sowie aus 4000 M. verschiedenen anderen Einnahmen zusammengezogen, und 6 127 950 M. Ausgaben (— 770 900 M.) einen Buschuh von 5774 550 M. (+ 762 000 M.). Wegen Erweiterung des Ritterhauses und Zunahme des dortigen Schiffahrtverkehrs soll eine Lehrmeisterstelle dazwischen mit durchschnittlich 1650 M. in eine Strommeisterstelle umgestellt werden. Durchschnittlich 2100 M. umgewandelt werden. Die Vergütungen für den Schreib- und Belehranwalt sowie für Dienstaufwand bei auswärtiger Beschäftigung innerhalb ihrer Dienstbezirke an die Amtstrassenmeister mit bestimmten Dienstbezirken, die Dommeister und einen Teil der Strommeister soll von 250 auf 350 M. jährlich erhöht werden. Die Kosten der Unterhaltung der Straßen und der Baumplantagen auf denselben, der Pfasterstraßen, Blöcke, Wege und Promenadenanlagen in Dresden sowie der Brücken sind auf 2636 000 M. (+ 223 500 M.) veranschlagt. Hierzu entfallen 2511 000 M. auf Unterhaltung der Straßen und der Baumplantagen, und zwar für 3 845 000 m, die hierbei in Frage kommen, je 70 Pf. (+ 5 Pf.), 43 000 M. auf Unterhaltung der Pfasterstraßen, Blöcke, Wege und Promenadenanlagen in Dresden, 32000 M. für Unterhaltung der Brücken und 50 000 M. auf Pfasterung von Straßen. Es ist nämlich beachtlich, auf besonders verkehrsreichen Straßen, zunächst in der Nähe von Dresden, mit Pfasterung einzelner Straßen, die die Erhaltung der asphaltierten Fahrbahn auf solchen Straßen bei steigender Belastung des Verkehrs immer schwieriger und kostspieliger wird. Neu eingestellt sind 300 000 M. zu Entschädigungen an Gemeinden für Übernahme städtischer Blöcke- und Straßenstraßen in eigene Unterhaltung und 200 000 M. zu planmäßiger Fortsetzung der Elstrom Korrektionsbauten, — Aufwendungen, die in der Vorperiode in den außerordentlichen Etat verweisen worden waren.

Bei der Hochbauverwaltung (Kap. 80) erscheinen 300 020 M. in Einnahme (+ 300 000 M.) und 824 730 M. (+ 229 570 M.) in Ausgabe, sodass sich ein Buschuhbedarf von 524 710 M. (— 7450 M.) ergibt. Nach einer von der letzten Ständeversammlung gegebenen Voreitung sollen nämlich die persönlichen Ausgaben für technische Hilfsarbeiter, die bei Ausführung von Bauten verwendet werden, bei diesem Kapitel verschrieben werden. Das bedingt aber zugleich, dass auch die anderen bei den Bauten entstehenden besonderen Ausgaben (Bauzulagen für die Beamten, Tagelieder, Schreiber und Ausmusterleute, Geschäftsaufwand, Kosten der Erbauung und Errichtung von Bauwerken) ebenso behandelt werden. Soweit indessen derartige Ausgaben bei den dem außerordentlichen Staatshaushalt Etat zugewiesenen Bauten entstehen, würde mit deren Übernahme auf Kap. 80 eine ungerechtfertigte Belastung des ordentlichen zu Gunsten des außerordentlichen Etats herbeigeführt werden. Zur Vermeidung einer solchen sollen daher die entsprechenden Summen dem ordentlichen Etat aus dem außerordentlichen wieder zugesetzt werden, — ein Verfahren, wie es bereits seit geraumer Zeit und im Einverständnis

mit der Ständeversammlung bei allen Bauten der Eisenbahnverwaltung besteht, und es sind deshalb 300 000 M. als Ver- gütungen der Neubaubewaltung bei Kap. 80 in Einnahme gestellt worden. Ausgelobeten aber haben gleichzeitig für technische Hilfsarbeiter 255 000 M. mehr (275 000 M. einschließlich 18 000 M. an Bauzulagen), auch für ähnliche Ausgaben 48 100 M. mehr eingestellt werden müssen. Bei den Bevölkerungsstädten ist unabhängig hierauf eine Bewertung infolge eingetreten, als bei ihnen 1 Heiztechniker mit 3000 bis 4800, durchschnittlich 3800 M. in Gang erschien, da die wichtige Tätigkeit der Schwefelindustrie für Maschinen, Heiz- und Beleuchtungstechnik derart umfangreich ist, dass die Ansstellung einer solchen Techniker geboten erscheint.

Für die Bauverwaltungen (Kap. 81) sind 92 480 M. (— 150 M.), für die Albrechtsburg (Kap. 82) 4400 M. (— 400 M.) als Buschuh vorgesehen. Sollte die Baudienstleistungen der Stadtwerke (Kap. 83) nicht ausreichen, so macht sich ein solcher von 21 680 M. (+ 6000 M.) erforderlich. Der Mehrbedarf erklärt sich dadurch, dass der in Großtechnik ausgestaltete Fachlaboratorium, die Mechanisch-technische Versuchsanstalt, die beiden Maschinenlaboratorien, das Elektrotechnische Laboratorium und die Übungen in analytischer Geometrie neu begründet, bei dem Expeditionspersonal 1 Bureauassistentenstelle in 1 Sekretärstelle umgewandelt werden muss, das Haus- und Dienerpersoneal um 6 Diener für die beiden Maschinenlaboratorien, die Mechanisch-technische Versuchsanstalt, das Elektrotechnische Laboratorium, die Sammlung für allgemeine Maschinenlehre und das Mechanisch-technologische Institut sowie 6 Portiers, Diener und Helfer infolge Errichtung neuer Gebäude für die Mechanische Abteilung der Technischen Hochschule und des Dampfheiz- und Lichtwerks benötigt werden muss. Für Vermehrung und Unterhaltung der Bibliothek der Sammlungen und des Sammlungsvorstandes, der Betriebsmaterialien für die Laboratorien, andere Lehrmittel sowie für allgemeine Geschäftsbedarfsfälle der Bibliothekerverwaltung und der Sammlungsvorstände sind 100 160 gegen 19 100 M., mithin 21 060 M. mehr einzustellen gezwungen, was sich teils durch gestiegerte Frequenz, gestiegene Materialienpreise, Erweiterung der Lehrbücher und Institute nach teilweise Überführung in Neubauten, teils dadurch erklärt, dass für Benutzung der von der Deutschen Schiffahrtsgesellschaft "Kette" in Leibnitz zu errichtenden hydraulischen Versuchsanstalt zur Führung von Schiffswiderständen durch das Kulturlaboratorium ein Jahresbeitrag von 5000 M. zu leisten ist.

Die Evangelischen Kirchen (Kap. 85) erfordern bei 105 500 M. Einnahmen des Emeritierungsfonds für Geistliche und der Prediger Witwen und Waisen-Pensionärsstelle und 2 503 232 M. Ausgaben einen Buschuh von 2 396 732 M. (+ 47 250 M.). Der Mehrbedarf erklärt sich in der Hauptstelle dadurch, dass nach den zeitherigen Rechnungsergebnissen zu Penitzen und Unterhüpfen am Orla 45 000 M. mehr gebraucht werden, um überigen aber 10 000 M. zu beihilfen an bedürftige Kirchengemeinden zur Gewährleistung des Stelleneinkommens der Geistlichen und Kirchendienste neu eingerichtet sind.

Bei den Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen (Kap. 84) sind die Einnahmen auf 636 492 M. (+ 33 909 M.), die Ausgaben auf 2 601 770 M. (+ 126 042 M.) der Buschuh jedoch auf 1 965 278 M. (+ 92 188 M.) veranschlagt. Der Mehrbedarf entfällt hauptsächlich auf die Bevölkerungsstädte, indem für das Lehrpersonal 1 584 639 gegen 1 457 846, mithin 127 293 M. mehr und bei den Beamten und Bediensteten 25 860 gegen 21 750, mithin 4100 M. mehr einzestellt werden müssen. Bei dem Lehrpersonal erscheinen nämlich 1 Rector für das zweite Staatsgymnasium in Leipzig mit 6600 bis 7500, durchschnittlich 7050 M. und seiner Wohnung und 20 Lehrerstellen, darunter 15 für das zweite Staatsgymnasium in Leipzig, in Gang, wodurch die Zahl der Lehrerstellen auf insgesamt 322 steigt. Darunter würden 50 nichtändige Stellen befinden. Der vorhandene und immer stärker herauftretende Lehrermangel, namentlich der Mangel an Lehrern für Mathematik und Physik sowie für neuere Sprachen, insgleich der Umstand, dass die Städte Dresden und Leipzig infolge ihrer günstigeren Bevölkerungsverhältnisse die jüngsten Lehrer anziehen, lassen es jedoch dringend notwendig erscheinen, die Zahl der ständigen Stellen von 276 im vorigen Etat auf 300 einschließlich der für das neue Gymnasium in Leipzig vorläufig in Aussicht genommenen 15 zu vermehren und dadurch die Dauer der nichtändigen Anstellung abzufüllen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der ständigen Stellen muss aber auch die Zahl der herauftretenden Stellen um 6 erhöht werden. Auch macht es sich notwendig, da bei den nichtändigen Lehrern, deren Zahl hierauf 222 sinkt, der Kindesgehalt auf mindestens 1800 M. und der Durchschnittsgehalt auf mindestens 2100 M. gebracht werden. Im neuen Etat sind demzufolge eingestellt bei den ständigen Lehrern 67 Stellen mit 6000 bis 6600 M. und 233 Stellen nicht über 6000, durchschnittlich 4450 M., bei den nichtändigen Lehrern 22 Stellen mit 1800 bis 2400, durchschnittlich 2100 M., wodurch ein Mehraufwand von 115 900 M. erwünscht. Die Mehraufwendungen bei dem Personale der Beamten und Bediensteten sind u. a. dadurch bedingt, dass bei der Fürstenschule in Grimma hat 1 Rentenverwalter im Nebenamt ein solches im Hauptamt getreten ist, für die beiden Staatsgymnasien in Leipzig 1 Bureauassistent und für das zweite Gymnasium in Leipzig vorläufig in Aussicht genommenen 15 zu vermehren und dadurch die Dauer der nichtändigen Anstellung abzufüllen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der ständigen Stellen muss über auch die Zahl der herauftretenden Stellen um 6 erhöht werden. Auch macht es sich notwendig, da bei den nichtändigen Lehrern, deren Zahl hierauf 222 sinkt, der Kindesgehalt auf mindestens 1800 M. und der Durchschnittsgehalt auf mindestens 2100 M. gebracht werden. Im neuen Etat sind demzufolge eingestellt bei den ständigen Lehrern 67 Stellen mit 6000 bis 6600 M. und 233 Stellen nicht über 6000, durchschnittlich 4450 M., bei den nichtändigen Lehrern 22 Stellen mit 1800 bis 2400, durchschnittlich 2100 M., wodurch ein Mehraufwand von 115 900 M. erwünscht. Die Mehraufwendungen bei dem Personale der Beamten und Bediensteten sind u. a. dadurch bedingt, dass bei der Fürstenschule in Grimma hat 1 Rentenverwalter im Nebenamt ein solches im Hauptamt getreten ist, für die beiden Staatsgymnasien in Leipzig 1 Bureauassistent und für das zweite Gymnasium in Leipzig überdies 1 Hausmeister in Zuwachs kommt. Unter den ständigen Ausgaben sind u. a. 6700 M. zum Ankaufe eines 18520 M. soeben Grundstück beabsichtigt, der Erweiterung des Turn- und Spielplatzes beim Gymnasium Burgen vorgesehen. Als Auersthal und sonstige Betriebe an städtische Realgymnasien und Realschulen sind 420 600 M. (+ 22 200 M.), darunter neu 12 000 M. für die neuerrichtete Realschule in Delitzsch, eingestellt.

Die Seminare (Kap. 86) erfordern bei 126 870 M. eigenen Einnahmen (+ 7687 M.) und 2 283 412 M. Ausgaben (+ 225 288 M.) einen Buschuh von 2 156 542 M. (+ 217 601 M.). Von dem Mehraufwand entfallen allein 158 150 M. auf die Bevölkerungsstädte, bei denen 1 523 900 M. (+ 148 675 M.) für das Lehrpersonal, 45 600 M. (+ 3725 M.) für Hausmeister, Maschinisten und Wirtschaftsleute, 9700 M. (+ 850 M.) für Seminararzte und Inhaltsgeistliche (Rebendom) eingestellt sind. Bei dem Lehrpersonal kommen 1 Direktor für das Paracelsusseminar Annaberg und Seminar Stollberg mit 6000 bis 6600, durchschnittlich 6300 M. (neben freier Wohnung) und 34 ständige Lehrerstellen in Gang, sodass für ständige Lehrer im neuen Etat 61 Stellen mit 5100 bis 6000, durchschnittlich 5550 M. und 263 Stellen mit nicht über 5400, durchschnittlich 5750 M. vorgesehen sind. Das übrige Personal erhebt um 1 Hausmeister für die Paracelsusschule bei dem Seminar Annaberg sowie 1 Hausmeister und 1 Maschinist bei den Seminaren Annaberg und Stollberg verhältnis. Bei den übrigen Ausgebetteln sind u. a. 7600 M. zu Erwerbung von Kreis für das Seminar Bischofswerda eingestellt, woselbst sich ein Betriebsbeitrag von 15 200 M. erforderlich macht.

Für die Volksschulen (Kap. 86) ist ein Buschuhbedarf von 8 494 635 gegen 7 978 467 M. vorgesehen, sodass sich ein Mehraufwand von 516 588 M. erforderlich macht. Dieser er-

H

Fuchs

Frei
Frei

Die Raumho

Nr. 13

Die
hain, Am
auf Weite
übertragen
Gri

Die Bu
Lande und
Einfahrt bei
Gott. Si
selbst befin
prüft, sind
unsers inner
ja so leicht
uns mit i
richten, wä
Schwächen
Gängen be
erforchen,
ihm hervor
es folgt. S
Vorwurf g
anderen V
nachahme.
zur Selbstpr
begründet i
sich mit Re
unstruktur tapse
Minister jene
grausamen
Völker —
werden zu e
Andres ruft
Gott hat un
Er hat uns
nicht nur du
und durch
sonbern dur
mit durch d
haben. Ja,
gethan! W
Ist der Ho
rühmt, ein
Sittlichkeit
nicht so. S
von Brüdern
trennt eine
Von de
locher, der
und sein W
und nun zie
und lebt, als
Aus dieser
wochenden dan
auf der anb
Reichtums, s
Börsenspiel
Mit der S
nimmt man
wie nun erleb
und Geschäft
das ist ein
ganzes Volk,
den Wegen
lebendigen G
nicht haben le
himmlische Gr
Wie die S
sollen wir ni
umkehren zu
aufwerfen un
was Gottes
herausfordert,
das Völke zu G
Gott, dem G
schuldig ist.

liefert sich dadurch, daß unter Begründung des Bedarfs im Jahre 1900 und nach dem Schätzungsweisen Zuwachs an gesetzlich geregelten Gehältern an die Schulgemeinden zur Bezahlung ihrer Lehrer Gehalte 200 000 R. mehr (2 500 000 gegen 2 300 000 R.), an gesetzlich geregelten Gehältern an die Schulgemeinden zu den Altersanlagen der Lehrer 212 000 R. mehr (2 212 000 gegen 2 000 000 R.) an Wartegeldern, Pensionen und Unterstützungen an Lehrer 50 000 R. mehr (1 750 000 gegen 1 700 000 R.), an Pensionen und Unterstützungen an Hinterlassene von Lehrern 55 000 R. mehr (88 000 gegen 83 000 R.) aufzubringen seien werden. **II**

Für Katholische Kirchen und wohltätige Anstalten (Kap. 97) sind 66 745 R. vorgesehen (— 9066 R., weil eine einmalige Bewilligung des Hauses weggelassen ist). Für jenseitige Kultusgewebe (Kap. 98) sind 4060 R. eingestellt wie zeitiger.

Die Laufsummenanstalten (Kap. 99) erfordern bei 20 670 R. eigenen Einnahmen (+ 420 R.) und 384 961 R. Ausgaben (+ 18 165 R.) einen Aufschuß von 304 281 R. (+ 12 745 R.). Der Wehrbedarf entfällt hauptsächlich auf Besoldungen des Lehrerpersönals, für das 147 800 gegen 186 160 R. mithin 32 160 R. mehr eingestellt sind. Es sollen nämlich die Gehalte der Oberlehrer, die jetzt 4200 bis 4500, durchschnittlich 4350 R. betragen, durchgängig auf je 4500 R. die der niedrigeren Lehrer von 2000 bis 4000, durchschnittlich 3000 R., auf 2000 bis 4400, durchschnittlich 3200 R. erhöht werden, da der Dienst der bei den Laufsummenanstalten angestellten Lehrer sehr anstrengender, weit anstrengender als der der Lehrer an den Volksschulen mit vollständigen Kindern ist, ein Übergreifen der Laufsummenlehrer in andere günstigere Stellen aber so gut wie ausgeschlossen erscheint. Außerdem sollen den Nebelarbeitslehrerinnen je die 1. Lehrerin in Dresden und Leipzig, der als solcher die Leitung des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten obliegt, und die deshalb neben besonderer Tüchtigkeit im Berufe auch Takt und Geschick besitzen muß, ihre Autorität den anderen Lehrerinnen gegenüber zu wahren, eine Funktionszulage von 300 R. zu ihrem Gehalte erhalten, um sie so über die übrigen Lehrerinnen zu erheben, damit aber zugleich die Möglichkeit zu schaffen, erste Lehrerinnen mit jenen Eigenschaften leichter zu gewinnen und zu erhalten, als dies bei Verdopplung des bloßen Normalgehaltes (600 bis 1200, durchschnittlich 900 R. neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung) möglich ist.

Als stiftungsmäßige und privatrechtliche Beiträge an den Staatskasse für Kirchen- und Schulwerke (Kap. 100) sind 32 346 R. zu allgemeinen Ausgaben bei dem Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts (Kap. 101) 39 000 R. vorgesehen wie zeitiger.

Für das Ministerium des Auswärtigen nebst Kanzlei (Kap. 102) ist bei 50 R. eigenen Einnahmen aus Kameralportalen u. c. und 52 270 R. Ausgaben ein Aufschuß von 52 220 R. (+ 200 R. infolge einer Gehaltsaufstellung) eingestellt.

Die Gesandtschaften (Kap. 103) erfordern 113 400 R. wie zeitiger.

In Bezug auf das finanzielle Verhältnis Sachsen's zum Reiche (Kap. 104) erscheinen auf der einen Seite als Anteil Sachsen's an dem den einzelnen Bundesstaaten zu überweisenden Ertrag der Höhe und der Landsteuer sowie der Reichstempelabgabe und der Reichslandsabgabe vom Bruttontheile 41 172 100 R. und 1 500 000 R. Aufschuß aus dem Überweitungsteufonds in Einnahme, anderseits 42 672 100 R. als Matrikularbeitsteile in Ausgabe. Dabei ist zu bemerken, daß sich der Anteil Sachsen's am Ertrag der den Bundesstaaten zu überweisenden Reichseinnahmen in den Jahren 1902 und 1903 zur Zeit nicht erhöhen läßt. Es kann aber noch Angabe der Verhältnisse mit Bestimmtheit angenommen werden, daß er den Betrag der von Sachsen zu zahlenden Matrikularbeitsteile nicht erreichen wird. Der Staatszins für letztere ist durch Gesetz vom 22. März 1901 festgesetzte Matrikularbeitsteil unter Abwendung zu Grande gelegt und angenommen worden, daß der letztere Sachsen's Anteil gemeinhin mindestens um 1 500 000 R. übersteigen wird. Zur vollständigen oder teilweisen Deckung dieses vermutlichen Aufschusses sollen daher dem in Höhe von 4 307 987 R. 11 Pf. vorhandenen Überweitungsteufonds 1 500 000 R. entnommen werden.

Als Kosten der Reichstagswahlen (Kap. 105) sind 1500 R. veranschlagt wie zeitiger.

Die Vertretung Sachsen's im Bundesrat (Kap. 106) erfordert 42 450 R. (+ 1000 R. infolge des Umstandes, daß ein Befreierte der Bundesstaatsvermögensförderung aus dienstlichen Gründen keinen ständigen Wohnsitz nach Berlin zu verlegen habe, wodurch einerseits die Gewährung einer entsprechenden Ortssatzung erforderlich geworden ist, anderseits der Aufwand für Tagesspeisen und Reisekosten sich mindert).

Zu Wartegeldern (Kap. 107) sind 22 820 R. (+ 11 480 R.) zu Pensionen (Kap. 108) 6 677 710 R. (+ 229 340 R.) eingestellt, und zwar beiderseits nach dem Stande Ende Juni 1901. Dabei ist zu bemerken, daß die Pensionen von Staatsbeamten und deren Hinterbliebenen bei dem die Staatsbeamten betreffenden Kap. 18 mit eingestellt sind.

Zu Erhöhungen der Bewilligungen an Militärinvaliden aus der Zeit vor dem Kriege 1870/71 und zu Rentenbeiträgen für verabschiedete Offiziere, Generale und Beamte (Kap. 109) sind 100 000 R. (— 300 R.) in Ansatz gekommen.

Die als Dotationsen (Kap. 109a) bezeichneten Überweisungen eines Teiles der Grundsteuereinnahmen an die Schulgemeinden sind auf 1 961 000 gegen 1 917 128 R. mit bis zu 43 877 R. höher beziffert. In Übereinstimmung mit Anregungen aus der Mitte der letzten Ständeversammlung erachtet es die Regierung zwar für geboten, die Schuldotation nicht weiter anzuwählen zu lassen, sondern auf den Betrag zu bestandhalten, in dem sie im Jahre 1901 tatsächlich gewährt worden ist, d. h. auf 2 Pfennige von den beim

Rechnungsbuchslate auf das Jahr 1900 vorhanden gewesenen Steuereinnahmen. Wenn aber zu diesem Zwecke dennoch im neuen Etat eine Rechenschaftung von 43 877 R. erfolgt ist, rüdt dies davon her, daß sich die Zahl der Grundsteuer-Einheiten bis Ende des Jahres 1900 stärker vermehrt hat, als dies bei Ausschließung des Etats für 1901/192 vorauszusehen war. Sollte die Dotation auch für spätere Finanzperioden gewährt werden, so würde dann fests die in den Etat für 1902/03 eingestellte Summe als deren Betrag vorgesehen sein, eine weitere Rechenschaftung somit nicht in Frage kommen. Hätte man die Dotation in dem zeitigeren Maße weiter anwählen lassen wollen, so würden für sie im Etat für 1902/03 2 22 300 R., also 106 177 R. mehr als im Hauses einzustellen gewesen sein.

Der sogenannte Reservefonds (Kap. 110), der zu außerordentlichen, im voraus nicht näher zu bestimmenden Bedürfnissen Verwendung finden soll, hauptsächlich aber zur Ausgleichung des Etats der Überschüsse und des Etats der Aufschüsse dient, ist mit 777 545 gegen 1 011 116 R. also um 604 447 R. höher beziffert. Die Bemessung in dieser Höhe ist zugleich in der Absicht erfolgt, damit ein weiteres Ausgleichsmittel für die etwaigen Mehrleistungen von Matrikulabteilungen an das Reich gegenüber den von diesem zu erwartenden Überweisungen aus den Reichseinnahmen zu gewinnen.

Die bei Einführung vom Wohnungsgeldzuschüssen an die Beamten für den Etat der Aufschüsse erforderlich werdenenden Auswendungen dieser Art sind in einem besondern Kapitel (110a) eingestellt und hier einschließlich eines Durchquantums von 250 000 R. als Aufschuß zur Bauliste behufs Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die aus der Zivilistik und den Kompanien der Mitglieder des Königlichen Hauses besoldeten Beamten und Dienner auf 2 872 847 R. beziffert worden.

Die im außerordentlichen Staatshaushalt des Etats geforderten Bewilligungs-Summen für die Departements des Justiz, des Inneren sowie des Kultus und öffentlichen Unterrichts haben insgesamt Neu- und Umbauten sowie damit in unmittelbarem Zusammenhange stehende Anschaffungen zum Gegenstande.

Bei dem Departement der Justiz handelt es sich dabei um Neu- und Erweiterungsbauten bei den Amtsgerichten in Grimmaischau, Freiberg, Döbeln-Ernstthal sowie bei den Justizgebäuden in Dresden, Leipzig und Plauen, wobei als erste Bauarten 250 000 R. für den Neubau eines Gerichts- und Gefangenenhauses in Grimmaischau, 300 000 R. für den Neubau eines Gerichtshauses in Freiberg, 200 000 R. für den Neubau eines Gerichts- und Gefangenenhauses in Hohenstein-Ernstthal, 1 000 000 R. für den Neubau eines weiteren Justizgebäudes und Gefangenisses in Dresden, 1 000 000 R. für den Neubau eines weiteren Justizgebäudes und Gefangenisses in Leipzig und 700 000 R. für einen Erweiterungsbau bei den Justizgebäuden in Plauen, zusammen also 3 450 000 R. eingestellt sind.

Für das Departement des Innern kommen in Betracht: Erbauung eines neuen Dienstgebäudes für die Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts sowie die Ministerien der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten zweite Rate 2 500 000 R.; Neubau für die Kreishauptmannschaft Chemnitz und die Amtshauptmannschaft daselbst erste Rate 600 000 R.; Erbauung eines Dienstgebäudes für die Amtshauptmannschaft Oelsnitz 1 800 000 R.; Erbauung eines Dienstgebäudes für die Amtshauptmannschaft Plauen 1 950 000 R. abzüglich 265 000 R. Verlustsaldo aus der Veräußerung des jüngsten amtsfürstlich-chemnitzischen Gebäudes; Erweiterungsbauten an der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden zweite Rate 375 200 R.; Neubau der Kunstsammlung und des Kunstgewerbemuseums zu Dresden einschließlich innerer Einrichtung zweite und leiste Rate 1 400 000 R.; Mobilisationsausstattung für die neue, am 1. August zu eröffnende Frauenklinik zu Dresden 112 000 R.; Errichtung einer neuen Irrenanstalt in Großschweidnitz 2 000 000 R.; Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Chemnitz durch das Chemnitztal nach Wechselburg Nachpostulat 2 698 500 R.; Herstellung einer normalspurigen Industriebahn von der Elster Chemnitz-Kirchhof nach dem Pleißebachthale und nach Gröditz (Bimbach-Wilsdruff) Nachpostulat 2 470 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Weissenberg nach Rabendorf zweite Rate 1 600 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Wiesenburg nach Wilkensdorf 1 250 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Güterbahn von Copitz nach der Herrenleite bei Dorf Wehlen 775 200 R., zusammen 61 366 900 R. Hierzu kommen aber noch die Kosten einer normalspurigen Nebenbahn von Röhrsdorf nach Königswalde nach Annaberg, die zur Zeit noch nicht beziffert werden können.

Der den Sälden mit dem Staatshaushalt-Etat gleichzeitig vorgelegte Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1902 und 1903 enthält eine erhebliche Neuerung innerhalb, als er den Feststellung des ordentlichen Staatsbedarfs und der dazu erforderlichen Deckungsmittel auf Grund des verabschiedeten Staatshaushalt-Etats nicht, wie es bisher geschehen ist, die Netto-Abschlusssummen des Etats und damit nur die Summen der Überschüsse und der Aufschüsse, sondern die Brutto-Abschlusssummen des Etats und damit die Einnahmen wie die Ausgaben in ihrer Gesamtheit zu Grunde legt. Damit aber trügt er der Thatsache Rechnung, daß der tatsächliche Staatshaushalt-Etat, wenn schon er am Schlüsse derjenigen Kapitel, die sowohl Einnahmen als Ausgaben in sich schließen, die Summe der Einnahmen und die der Ausgaben einander gegenüberstellt und im Wege des Abschlusses den Betrag des zweiten Überschusses oder des etwaigen Balancesurpluses auf Ritter bringt, doch im übrigen seiner ganzen inneren Einrichtung noch nicht ein Netto-Etat sondern ein Brutto-Etat, d. h. ein Etat ist, für dessen Ausstellung als Regel gilt, daß darin nicht Ausgaben von Einnahmen übertragen werden müssen, sondern Einnahmen wie Ausgaben ihrer vollen Höhe nach eingestellt sind. Dagegen kommt, daß die Feststellung der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben die an den Etat gestellten Ansprüche bei weitem deutlicher erkennen läßt als die bisher üblich gewesene Bezeichnung der Überschüsse und der Aufschüsse.

Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, die Landesbibliothek Dresden I und II, die Straßen- und Wasserbausinspektionen Dresden I und II, die Schifffahrtschule sowie die Bauverwaltung Dresden I und II untergebracht, auch eine Anzahl von Wohnungen für Aufsichter der Sammlungen eingerichtet werden sollen, 200 000 R.; Besetzung von Straßenbahnen 1 500 000 R.; Kreisverwerbung für Eisenbahnzwecke 4 000 000 R.; Vermehrung der Lokomotiven und Tender der Staatsbahnen um 20 Lokomotiven für Normalspurbahnen 1 289 500 R.; Vermehrung der Personenzugwagen der Staatsbahnen um 80 vierstellige Personenzugwagen 2. Klasse 1 060 000 R.; Erbauung von Heizhausbünden für Lokomotiven, und zwar von 12 Heizhausbünden für Normalspurbahnen, 129 000 R.; Neuauflage und Vermehrung der Reparaturbünden für Lokomotiven sowie für Personen- und Güterwagen zweite Rate 4 000 000 R.; Errichtungen zur Erfüllung der reichsrechtlichen Sicherungsvorschriften für den Eisenbahnbetrieb zweite Rate 1 950 000 R.; vierstelliger Ausbau der Eisenbahnstrecke Niederseiditz-Dresden-Strehlen (Reichenstraße), Errichtung der Haltestellen Strehlen und Reich und Kreisverkehr für ein Industriegleis zwischen Niederseiditz und Reich sowie Belebung der Niveauübergänge innerhalb der Strecke Pirna-Dresden und vierstelliger Ausbau der Strecke Pirna-Niederseiditz zweite Rate 2 000 000 R.; Umgestaltung der Verkehrsstrecken Deuben und Hainsberg sowie vierstelliger Ausbau zwischen Postschappel und Station 116 D W dritte Rate 1 500 000 R.; Erweiterung des Elektrizitätswerkes in Friedrichstadt zweite und leiste Rate 325 000 R.; Erweiterung des Bahnhofs Bischöfswerda zweite und leiste Rate 547 000 R.; Bau eines Vor- und Abstellbahnhofes für den Hauptbahnhof Bittau dritte Rate 400 000 R.; Erweiterung der Haltestelle Plauen-Reudnitz i. S. 160 000 R.; Erweiterung des Bahnhofs Weißig erste Rate 150 000 R.; Erweiterung des Bahnhofs Adorf erste Rate 200 000 R.; Herstellung des zweiten Gleises von Wilkau bis Wiesenburg an der Eisenbahnlinie Schwarzenberg-Zwickau zweite Rate 500 000 R.; Erweiterung des Bahnhofs Stein-Hartenstein erste Rate 150 000 R.; Umbau und Erweiterung des Bahnhofs Schwarzenberg Nachpostulat 600 000 R.; Erweiterung des oberen Bahnhofs in Reichenbach i. S. Nachpostulat für Einführung elektrischer Beleuchtung 300 000 R.; Bahnhofswiederlegung zu Borna Nachpostulat 529 600 R.; Erweiterung der Haltestelle Breitungen erste Rate 150 000 R.; Anlegung des dritten und vierten Gleises zwischen Leipzig und Gohlis und damit zusammenhängende Herstellungen vierte Rate 600 000 R.; Anlage der Haltestelle Gohlis zweite Rate 200 000 R.; Umbau der Leipzigiger Bahnhofsbauwerke erste Rate 14 800 000 R.; Erbauung eines Betriebs-elektrizitätswerks für die Leipzigiger Bahnhofsanlagen erste Rate 700 000 R.; Herstellung des zweiten Gleises der Eisenbahnlinie Borsdorf-Görlitz dritte Rate 1 600 000 R.; Errichtung einer Güterbahnhofstelle in der Nähe des Eisenbahnhaltepunktes Döbeln 600 000 R.; Einführung der Streckenblockierung auf der Eisenbahnlinie Chemnitz-Döbeln-Riesa zweite und leiste Rate 160 000 R.; Umbau des Bahnhofs Schönfeld erste Rate 150 000 R.; Erbauung eines Betriebs-elektrizitätswerks für die Chemnitzer Bahnhofsanlagen (Rangierbahnhof Hilbersdorf) zweite und leiste Rate 777 100 R.; Umbau der Eisenbahnstrecke Chemnitz-Kappel und teilweise Umbau des Bahnhofs Chemnitz dritte Rate 2 000 000 R.; Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Chemnitz durch das Chemnitztal nach Wechselburg Nachpostulat 2 698 500 R.; Herstellung einer normalspurigen Industriebahn von der Elster Chemnitz-Kirchhof nach dem Pleißebachthale und nach Gröditz (Bimbach-Wilsdruff) Nachpostulat 2 470 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Weissenberg nach Rabendorf zweite Rate 1 600 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Nebenbahn von Wiesenburg nach Wilkensdorf 1 250 000 R.; Herstellung einer normalspurigen Güterbahn von Copitz nach der Herrenleite bei Dorf Wehlen 775 200 R., zusammen 61 366 900 R. Hierzu kommen aber noch die Kosten einer normalspurigen Nebenbahn von Röhrsdorf nach Königswalde nach Annaberg, die zur Zeit noch nicht beziffert werden können.

Den den Sälden mit dem Staatshaushalt-Etat gleichzeitig vorgelegte Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1902 und 1903 enthält eine erhebliche Neuerung innerhalb, als er den Feststellung des ordentlichen Staatsbedarfs und der dazu erforderlichen Deckungsmittel auf Grund des verabschiedeten Staatshaushalt-Etats nicht, wie es bisher geschehen ist, die Netto-Abschlusssummen des Etats und damit nur die Summen der Überschüsse und der Aufschüsse, sondern die Brutto-Abschlusssummen des Etats und damit die Einnahmen wie die Ausgaben in ihrer Gesamtheit zu Grunde legt. Damit aber trügt er der Thatsache Rechnung, daß der tatsächliche Staatshaushalt-Etat, wenn schon er am Schlüsse derjenigen Kapitel, die sowohl Einnahmen als Ausgaben in sich schließen, die Summe der Einnahmen und die der Ausgaben einander gegenüberstellt und im Wege des Abschlusses den Betrag des zweiten Überschusses oder des etwaigen Balancesurpluses auf Ritter bringt, doch im übrigen seiner ganzen inneren Einrichtung noch nicht ein Netto-Etat sondern ein Brutto-Etat, d. h. ein Etat ist, für dessen Ausstellung als Regel gilt, daß darin nicht Ausgaben von Einnahmen übertragen werden müssen, sondern Einnahmen wie Ausgaben ihrer vollen Höhe nach eingestellt sind. Dagegen kommt, daß die Feststellung der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben die an den Etat gestellten Ansprüche bei weitem deutlicher erkennen läßt als die bisher üblich gewesene Bezeichnung der Überschüsse und der Aufschüsse.